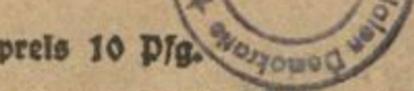


Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags an Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Preis beträgt bei ihrer Zustellung im Haus des Bestellers 2,40 Mk. bei direkter Bestellung ohne Zustellung monatlich 1,70 Mk. bei Zustellung unter Straßenschild 1,90 Mk. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzustellung für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verlagsdruckerei: Kurt Roden 2895 und 2896.

Jahrgang 2
Freitag, den 14. Februar 1919
Nummer 80

Abnahme beim Verleger: Kurt Roden 2895 oder deren Kasse 75 Pf. „Neue Ausgabe“ des Jahrganges 1919, jedes weitere Wort 20 Pf. Erwerbungsbeitrag 50 Pf. Die Familien- und Veranlassungsbeiträge fällt der Verlag fort. Interesse für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.
Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Verlagsdruckerei: Kurt Roden 2895.



Die

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Freitag, den 14. Februar 1919

Nummer 80

Neue Waffenstillstandsverhandlungen

Der neue Waffenstillstand.

Paris, 13. Februar. Nach einer Vorabmeldung wird das hervorstechendste Merkmal des neuen Waffenstillstandes sein, daß er nicht mehr auf kurze Frist, sondern endgültig bis zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien abgeschlossen werden wird. Der Oberste Kriegsrat war der Ansicht, daß der provisorische modus vivendi weder für Deutschland noch für die Entente länger wünschenswert sei, und daß es besser sei, das Feindliche in den Beziehungen der beiden Parteien zu beseitigen. Seit dem 11. November haben die Alliierten in der Tat Deutschland aus der Nähe prüfen und sich genau die feinen wirtsch. Absichten ihnen gegenüber Rechenschaft ablegen können. Sie müssen in der Lage sein, von ihm die Ausführung seiner Verpflichtungen zu erreichen, ohne das Zwangsmittel einer allmonatlichen Erneuerung des Waffenstillstandes zu gebrauchen, das gleich einem Damokleschwert über Deutschland schwebt. Andererseits wurden die Alliierten gezwungen, um so reichere Möglichkeiten zu fordern, als der Waffenstillstand länger dauern wird. Sie wandten die Grundzüge Wilsons an, wonach es Deutschland unmöglich gemacht werden müsse, den Krieg wieder zu beginnen, und wonach die Beziehungen zwischen Deutschland und der Entente nicht durch häufig wiederholte Waffenstillstandsbesprechungen vergiftet werden sollten. Ferner wurde der energische Wunsch Clemenceaus berücksichtigt, Frankreich gegen jegliche Ueberreaktion zu schützen, den er in der geistigen Eihung des Kriegsrates zum Ausdruck brachte. Präsident Wilson schloß sich dieser Auffassung an.

Nach Anhörung der militärischen Sachverständigen nahm der Kriegsrat schließlich folgende Entschlüsse an: Der gegenwärtige Waffenstillstand wird am 17. Februar für eine sehr kurze Dauer erneuert werden, mit der Möglichkeit für die Alliierten, ihn jederzeit aufzuheben, sobald die Klauseln nicht erfüllt werden, zu denen die vorher von den Deutschen nicht beigetreten, sowie die Verpflichtung für ihn übergehört, unverzüglich die Feindseligkeiten gegen Polen einzustellen und nicht die festgesetzte Linie zu überschreiten. Während der kurzen Frist wird eine Sonderkommission endgültig die Bedingungen für den neuen Waffenstillstand redigiert haben, der diesmal bis zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien gelten wird. Die Bedingungen sind klar und sollen vor allem eine Demobilisierung und Entwaffnung Deutschlands unter Kontrolle der Alliierten ins Auge fassen. Deutschland wird dann mit den neuen Waffenstillstandsbedingungen befaßt werden. Die Nationalversammlung in Weimar wird sie gewiß bis zum Erlöschen des provisorischen Waffenstillstandes zu prüfen veranlassen.

Berlin, 13. Februar. Die französische Delegation in Spa hat am 13. Februar, morgens 9 Uhr 30 Min. telephonisch die deutsche Vertretung in Spa benachrichtigt, daß vom französischen Generalstab General Weygand bei ihr folgendes Telegramm eingelaufen ist:

„Der am 16. Januar erneuerte Waffenstillstand läuft am 17. Februar ab. Die Verlängerung über diesen Termin hinaus bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens ist von den alliierten Regierungen nicht gebilligt worden. Infolgedessen haben sich die alliierten und die deutschen Bevollmächtigten, welche die Vereinbarungen vom 11. November, 13. Dezember, 16. Januar getroffen haben, zu einer Konferenz zu vereinen, um über die Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Februar hinaus zu beschließen.“

Das Oberkommando der Alliierten hat die Ehre, dem deutschen Oberkommando vorzuschlagen, die Konferenz am 14. Februar, nachmittags in Trier stattfinden zu lassen, und zwar unter denselben Umständen, wie im Januar. Es wird um unverzügliche Antwort gebeten.“

Sozialistische Interpellation über den Waffenstillstand.

Paris, 13. Februar (Spaa.) Der Oberste Kriegsrat legte in seiner gestrigen Sitzung die Bedingungen für die Erneuerung des Waffenstillstandes vor. Sie werden nicht bekannt gegeben werden, bevor sie Deutschland mitgeteilt worden sind. Das neue Abkommen werde in militärischer Hinsicht alle wünschenswerten Garantien enthalten.

Amsterdam, 13. Februar. Wie aus Paris gemeldet wird, interpellierten die französischen Sozialisten die Regierung in der Sitzung des Kommerciaudschusses für Auswärtige Angelegenheiten über die neuen Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland. Die Besprechung der Interpellation wurde auf Dienstag vertagt.

Clond George über die Friedensfrage.

London, 12. Februar. Im Unterhause sagte Oberst Guine über die Verzögerung der Friedenskonferenz, die fast alles, nur nicht den Frieden mit Deutschland besprochen habe. Amerika, das spät in den Krieg eingetreten sei, könne sich vielleicht diese Verzögerung leisten. Diejenigen aber, die die Last und Hitze des Tages getragen haben, könnten es nicht. Das Land brenne darauf, zu wissen, ob Lloyd George nicht nur Schadenersatz bis zum Neufertigen verlange, sondern auch Wiedergutmachung bis zur Grenze seiner Heilungsfähigkeit.

In seiner Antwort versicherte Lloyd George dem Hause, die Konferenz tue ihr Bestes, um baldmöglichst zum Frieden zu kommen. Viele Fragen seien mit Deutschland zu regeln, man nehme z. B. die Frage der territorialen Wiederherstellung. Bezüglich Deutschlands Besorgungen finden augenblicklich nicht-offizielle Erörterungen statt und es bestehe die volle Zuversicht, daß eine völlige Uebereinstimmung bezüglich der gegen Deutschland vorzubringenden Forderungen, die die Westgrenze betreffen, erreicht werde. Die Grenzregulierung zwischen Polen und Deutschland sei aber eine andere Frage. Dort sei eine ungeheure Schwierigkeit und es sei sehr schwierig, dort ohne eine sorgfältige Untersuchung die Linien zu ziehen. Es sei ein Vorkommen sei eine hinreichende Warnung vor den Gefahren eines begangenen Fehlers. Bevor die nach Polen gesandte Untersuchungskommission zurückgekehrt sei, werde es unmöglich sein, die Forderungen der Alliierten bezüglich der territorialen Wiederherstellung im Osten Deutschlands festzustellen. Was die Kolonien anbelange, so habe Deutschland durch die Art, wie es die Eingeborenen behandelt hat und auch im Interesse der Sicherheit der Welt dieses Anrecht verwirkt. Das sei der wesentliche Teil des Friedens mit Deutschland.

Bezüglich der Entscheidung habe die Regierung unbedingt an ihrem Wort fest. Von seiten der britischen Regierung sei keine Schwäche in dieser Frage gezeigt worden und es bestände darin keine Meinungsverschiedenheit zwischen ihr und irgendeiner anderen Regierung. Die Wiederentwaffnung sei in den Entschlüssen enthalten. Lloyd George bedauerte, daß von einigen Mitgliedern dem Völkerbunde gegenüber ein geringfügiger Ton angeschlagen werde. Die kleinen Nationen schienen sich sehr nach dem Völkerbund, da sie auf ihn vertrauten. Die Alliierten haben neue Nationen, z. B. den tschecho-slowakischen und den jugoslawischen Staat geschaffen. Einige davon hätten mächtige Nachbarn. Das Leben aller dieser Staaten hänge von Völkerbunde ab. Er (Lloyd George) wüßte dem Sahe bei, daß keine Nation von dem Völkerbund dem Kriege überlassen werden dürfte, ohne die Möglichkeit zu haben, selbst die Verantwortlichkeit zu erwägen.

Zum Schluß äußerte sich Lloyd George über die Haltung der Entente gegenüber der bolschewistischen Regierung. Es bestehe nicht die Absicht, sie anzuerkennen oder zur Friedenskonferenz zuzulassen. Eine militärische Intervention in Rußland habe wenig Zweck. Deshalb sei der Versuch gemacht worden, eine Konferenz einzuberufen, um in Eilen Ordnung zu schaffen.

Die Lebensmittelversorgung.

Hamburg, 13. Februar. An den Lebensmittelaußschuß der Waffenstillstandskommission in Spa sandte der Arbeiter- und Soldatenrat folgendes Telegramm:

Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat erklärt hierdurch auf das bestimmteste, die volle Verantwortung dafür zu übernehmen, daß seitens seiner Partei sowie seiner militärischen oder sonstigen Stelle, insbesondere auch nicht seitens bewaffneter Arbeiter in die planmäßige Lebensmittelversorgung u. a. in die Bewachung, Verwaltung und Bewegung der Hamburger Lebensmittelräger eingegriffen wird. Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat wird seine ganze Macht dafür einsetzen, daß die Einrichtungen der Lebensmittelversorgung in Hamburg ebenso unversehrt vor inneren Kämpfen bleiben wie die Einrichtungen des roten Kreuzes, so daß volle Gewähr für die unbedingte Sicherheit dieser Einrichtungen besteht.

Das Koalitionsgebrän.

Das Regierungsprogramm, das der Ministerpräsident Scheidemann heute in der Nationalversammlung vortrug, hat einen Vorzug: Es schafft Klarheit. Die revolutionäre Arbeiterschaft hat von ihm wirklich nichts zu erwarten. Sieht man von einigen hochklingenden Redensarten ab, die die rodenz und fatalistische Aufzählung der Programmpunkte begleiteten, so hätte auch der Präsident einer bürgerlichen Regierung nicht viel anderes sagen können als dieser Sozialist.

Zwei Punkte sind entscheidend. Die Revolution des 9. November war ihrem historischen Sinne nach eine sozialistische Revolution. Das Proletariat war ihr Träger, und es bildet bei der sozialen Zusammenlegung Deutschlands eine solche Macht, daß sein Wille selbst dann der ausschlaggebende bleiben muß, wenn auch ein völler Durchbruch durch die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung Hindernisse bereitet werden. Die Regierung aber mulet im entscheidenden Fall dem deutschen Proletariat von vornherein fast völligen Verzicht zu. Denn was Herr Scheidemann über die Sozialisierung sagt, hat von der Sache nicht mehr als den Namen. Der Rätekongreß hatte seinerzeit die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung, insbesondere des Bergbaus, einmütig verlangt. Die Regierung Ebert-Scheidemann hat diesen Auftrag nicht erfüllt und den Beginn bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung verschleppt. Jetzt erklärt Herr Scheidemann, daß Wirtschaftszweige, die einen privatrechtlichen Charakter angenommen haben, der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen seien. Insbesondere seien Bergbau und Erzeugung von Energie in öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Bewirtschaftung zu übernehmen.

Daß die Privatmonopole irgendwie unter staatliche Aufsicht kommen sollten, darüber herrschte schon während des Krieges und vor der Revolution in den damals regierenden Kreisen kein Zweifel. Wüßte man ja, daß dazu schon die finanziellen Bedürfnisse das Reich zwingen würden. Pläne dafür wurden daher in den Kabinetten schon ausgearbeitet. Doch das mit Sozialisierung etwas zu tun hat, ist natürlich Unfug. Für uns bedeutet Sozialisierung eine Wirtschaftspolitik, die auf die Bergesellschaftung der Produktionsmittel hinarbeitet und in planmäßiger, fortschreitender Art die kapitalistische Ausbeutung beseitigt. Herr Scheidemann nennt aber Sozialisierung die Beaufsichtigung der Privatmonopole durch das Reich, und er kann nicht einmal ankündigen, daß wenigstens die mineralischen Rohstoffe künftig der Gesamtheit allein gehören werden. Er spricht selbst da noch von der Möglichkeit der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, einer Unternehmungsform also, in der das Kapital Einfluß behält und seine Profitinteressen verfolgen kann. Ueber der neuen Regierung schwebt der Geist Walter Rathenaus, der für den Kapitalismus zu retten sucht, was nur zu retten ist, und nicht der des Sozialismus. Für die Regierung ist die Sozialisierung des Bergbaus nicht der Anfang, der dem deutschen Kapitalismus eine beherrschende Machtposition entzieht, sondern nur die unumgänglich notwendige Konzession an die kümmerliche Finanzlage und ein Beruhigungsmittel für die Arbeiterschaft.

Nicht minder entscheidend ist, was Herr Scheidemann über das Rätesystem sagt und nicht sagt. Für die Arbeiterräte hat der Mann, dem sie einmal zur Macht verholfen haben, überhaupt kein Wort übrig. Sie existieren für ihn nicht. Sie haben in einem historischen Moment ihre Schuldigkeit getan und sollen nun gehen.

Die Soldatenräte aber werden degradiert. Sie werden von nun an Nischeninspektoren sein und Vermittler bei Beschwerden. Wie die demokratische Verfassung, die Herr Scheidemann ankündigt, danach beschaffen sein wird, kann man sich denken.

Was der Ministerpräsident sonst sagte, ist gegenüber dieser Preisgabe der revolutionären Organisation und des revolutionären Inhalts von keiner sonderlichen Bedeutung. Daß er in der Frage der deutschen Einheit nur ein schwächliches Kompromiß andeuten würde, stand bereits von vornherein fest, wie daß die Regierung, in der die Vertriebenen maßgebenden Einfluß haben, eine energische

Kulturpolitik zu führen aufzuerhalten ist. Die haben in ihre Neubürgerlichen, mittelständlichen Forderungen in dem Programmatalog aufnehmen lassen, deren Erfüllung allerdings die ökonomische Situation ziemlich unmöglich machen wird.

Die wirkliche Bedeutung, die diese Regierungsbildung besitzt, brachten viel klarer als Scheidemann die folgenden Redner, die Herren Groeber und Raumann, zum Ausdruck, die ja auf die Lösung der sozialistischen Arbeiterfrage weniger Rücksicht zu nehmen hatten als der rechtssozialistische Führer.

Herr Groeber stellte fest, daß die Regierung keine sozialistische sei, sondern eine Koalition, in die keine Partei ohne Überwindung ihrer Grundidee hätte eintreten können. Daß Deutschland eine Republik sei, über ihn nicht weiter, Herr Groeber weiß, daß die Ministerien auch in einer Republik ihre Herrschaftsgewalt erreichen können. Da die Monarchie nun wenigstens vorläufig erledigt ist, überträgt Herr Groeber, der sich dazu offenbar für berufen hält, Gottes Gnade von den Hohenzollern und ihren Kollegen strafs auf die neue Regierung.

Noch deutlicher wurde Herr Raumann. Eine rein bürgerliche Majorität wäre nicht imstande gewesen, die Revolution zu beenden. Denn sie hätte den unüberwindlichen Widerstand der gesamten Arbeiterklasse hervorgehoben. Deshalb sei die rechtssozialistisch-kerikal-demokratische Mehrheit nicht vorzuziehen; sie könne leisten, was die Bürgerlichen allein nie geleistet hätten.

Werner und Höpfer kann die Rolle, die die Rechtssozialisten spielen, nicht gekennzeichnet werden. Sie sind die Helfershelfer der Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen das Proletariat. Aber Herr Raumann triumphiert vielleicht zu früh. Was er fürchtet und was unsere Hoffnung ist, wird gerade diese Regierung, freilich sehr gegen ihren Willen, doch herbeiführen: die Einigung des Proletariats. Und dann wird sich Herr Raumann doch als guter Prophet erweisen haben. Gegen das geeinte Proletariat, das endlich das freie Spiel, das die rechtssozialistische Führung mit seinen Interessen kreist, durchführt hat, wird die Bourgeoisie machtlos sein.

Das neue Ministerium.

- Das neue Reichsministerium setzt sich wie folgt zusammen:
- Präsident des Reichsministeriums — Philipp Scheidemann,
 - Vertreter des Reichsministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen — Schiffer,
 - Reichsminister des Auswärtigen — Graf Brockdorff-Rantzau,
 - Reichsminister des Innern — Dr. Bruns,
 - Reichsarbeitsminister — Bauer,
 - Reichswirtschaftsminister — Wiffel,
 - Reichsernährungsminister — Robert Schmidt,
 - Reichsjustizminister — Landeberg,
 - Reichswehrminister — Rastke,
 - Reichskolonialminister — Dr. Bell,
 - Reichspostminister — Giesberts,
 - Reichsminister des Demobilisierungswesens — Dr. Koch,
 - Reichsminister ohne Portefeuille — Dr. David, Erzberger, Goltzheim.

Eisner gegen eine Abdankung.

In einer Unterredung mit dem Münchener Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ erklärte der Ministerpräsident Eisner, er sehe keine Veranlassung, als bayerischer Ministerpräsident zurückzutreten. Die provisorische bayerische Verfassung verpflichte die revolutionäre Regierung, die Staatsgeschäfte so lange weiterzuführen, bis von dem konstituierenden bayerischen Landtage eine endgültige Verfassung beschlossen sei. Falls der Landtag aber eine andere Wendung nehme und seinen Willen, Eisner, Rücktritt zu fordern, werde er auf Grund der provisorischen Verfassung das Volk durch ein Referendum entscheiden lassen. Eisner betonte, daß er nicht daran denke, in einer nach dem Ergebnis der Verhandlungen zusammengetretenen Koalitionsregierung mitzuwirken. Entweder solle die aus den Wahlen hervorgegangene bürgerliche Mehrheit die Regierung übernehmen oder, wenn sie das nicht könne oder wolle, solle sie den Sozialisten die Staatsleitung überlassen. Eine soziale sozialistische Herrschaft der Bauern und Arbeiter und eine wirklich grundsätzliche sozialistische Politik können der Gefahr des Volkswendens entgegenwirken, der, wenn man versuchen wolle, die alte Gesellschaftsordnung zu retten, nur immer drohender sein Haupt erheben würde.

Den Standpunkt, den Genosse Eisner einnimmt, billigen wir durchaus. Man kann ihm nicht den Vorwurf machen, daß er gegen die „Demokratie“ verstohe. Er hält sich durchaus im Rahmen der provisorischen Verfassung, er lehnt es auch nicht ab, die Regierung in die Hände der bürgerlichen Landtagsmehrheit zu legen, wenn sie allein die Macht übernehmen will. Er lehnt es aber ab, bedingungslos vor dem Bürgerium abzutreten, die revolutionären Errungenschaften preiszugeben und die Sozialdemokratie in einen Schwanz der bürgerlichen Parteien, in eine Schutrinne kapitalistischer Politik zu verwandeln.

Man vergleiche mit dieser Stellungnahme die Haltung der Ober-Scheidemann-Partei in der Nationalversammlung, und man wird unabweisbar erkennen, wie selbst unter Anerkennung der Demokratie und der bürgerlichen Mehrheit eine wirklich sozialdemokratische Politik getrieben werden kann, die den Boden der Revolution nicht verläßt.

Eine Erklärung Eisners.

Die Korrespondenz Hoffmann veröffentlicht folgende Erklärung des Ministerpräsidenten Eisner: „Während ich in Bern, nicht ohne Erlaubnis, mich bemühte, für das deutsche Volk zu wirken, gegen das sich wegen der Bedrohungen des alten Systems ein ungeheures Maß von Goh, Verachtung und Mißtrauen angehäuft, erhalte ich aus Bayern Pressekorrespondenzen, die mir leider beweisen, daß diejenigen, die die Führer der öffentlichen Meinung sein wollen, heute noch ebenso hilflos und irrefühlig das Verderben Deutschlands organisieren wollen, wie während der 4 1/2 Jahre des Krieges. Man weiß noch immer nicht, von welchen Gefahren wir bedroht

und noch weniger, was wir in dieser Lage zu tun haben. Da druckte man, daß ich nach Bern gegangen sei, um das während meiner Regierung gestohlene Vermögen in Sicherheit zu bringen. Ein anderes Mitleid der Pressezeitung macht von der Schrankenlosigkeit der Pressefreiheit den Gebrauch, sogar unter Berufung auf ein Familienmitglied, die idiotische Geschichte in die Welt zu setzen, ich hätte jede Woche von England Geld erhalten; idiotisch und zugleich bewußt erlogen, weil ich ja 8 1/2 Monate lang in Unterjochung gefesselt habe und während dieser Zeit mit beinlicher Genugtuung alle meine Verhältnisse durchlöchert worden sind. Fast die gesamte Presse bringt über die Berner Verhandlungen, in denen es mir gelungen ist, das Vertrauen der Internationalen in den guten Willen der deutschen Massen zurückzugewinnen, gefälschte und entstellte Berichte, nicht durchweg durch Schuld der Berner Korrespondenten, die sich bemühten, wahrheitsgemäß die Tätigkeit des bayerischen Ministerpräsidenten darzustellen, sondern durch redaktionelle Verblendung, die gegenwärtig in der ganzen Welt nicht mehr findet, als den verächtlichen Absinken des kapitalistisch-parlamentarischen Schieberartums, das einige Leute für den Inbegriff politischer und staatsmännlicher Weisheit halten. Ist man alles das im Ausland, so möchte man daran verzagen, ob diesem armen, irreführenden deutschen Volk überhaupt noch zu helfen sei. Dennoch muß jeder seine Pflicht tun, und ich wenigstens gegenwärtig bin entschlossen, sie weiter zu tun, so widerwärtig es auch sein mag, mit einer Welt von Lüge und Dummdummheit zu ringen, denn ich weiß, daß Wahrheit und Vernunft liegen werden, und möchte hoffen, daß das Erwachen nicht ebenso zu spät kommt, wie bei unserem militärischen Zusammenbruch.“

Räteorganisation in der bayerischen Verfassung.

München, 13. Februar. In der heute begonnenen Delegiertenversammlung aller bayerischen Arbeiter, Soldaten und Bauernräte lag der Entwurf vor, der die Räteorganisationen in der neuen bayerischen Verfassung verankert. Altkönig-Kugler und Badler-München sprachen für den machtvollen Ausbau der Räte, wandten sich gegen den Parlamentarismus und protestierten gegen die Parole der Reichsregierung und der souveränen Nationalversammlung. Badler erklärte, der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus müsse jetzt ausgeträpelt werden, weil er später viel furchtbarer und blutiger sein würde.

München, 18. Februar. In München begann ein Kongress der Arbeiter, Bauern- und Soldatenräte. Außerhalb der Tagesordnung nahm Eisner das Wort. Er wandte sich einleitend überaus scharf gegen die Presse, bezog sich auf einen beispiellosen Vorfall und nannte die Pressegeißel. Er, Eisner, stehe und falle mit den Räten; er weigere sich, mit den Bürgerlichen zusammen in der Regierung zu sitzen, wolle dagegen mit den demokratischen Parteien zusammenarbeiten. Eisner fuhr dann fort: Man redet mir nach, daß ich in Bern das deutsche Vaterland verraten und die deutschen Gefangenen preisgegeben habe. Niemand von dem Pressegeißel ist glücklicherweise in Bern gewesen, und ich weiß, daß wahrheitsgetreue Berichte nach München gekommen sind, die von der bayerischen Presse nicht abgedruckt wurden. Diese Leute, die ebenso dumm wie gemein sind (bei diesen Worten erhob sich ein starker Lärm. Stürmische Rufe ertönten: Hinaus mit ihnen! Hinaus mit der Bande und dem Gefindel! Sämtliche Pressevertreter verließen darauf den Saal.)

Bayern gegen den Dörschub.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet aus München: „Die neueste Entwicklung der Lage in Polen läßt es zur Zeit unzulässig erscheinen, daß bayerische Freiwillige zum Dörschub abgehen. Abtransporte nach dem Osten werden daher, nach einer Mitteilung des Ministeriums für militärische Angelegenheiten, zunächst unterbleiben.“

Das Volkswort, das diese Meldung weitergibt, schließt bei dieser Gelegenheit einen Giftsekel gegen den Genossen Eisner ab, indem es behauptet, die Bewegung gegen den Dörschub gehe von dem Ministerpräsidenten aus. Der Brief ist dem W. L. W. natürlich von der Regierung geliefert worden. Wir stellen demgegenüber fest, daß der Volkswortausdruck des bayerischen Landesvolkstraten sich schon vor Wochen in einer Resolution gegen den Dörschub gewendet hat, weil sich hinter ihm die Organisation der Weissen Garde verbirgt. Herr Rastke, hiesiger Hauptorganisator des Dörschubs, wurde in der Resolution mündlich gelobt: „Herr Rastke befindet sich vielleicht in dem Wahn, das deutsche Volk noch genau so wie in der Kriegszeit beschuldigen zu können, wie er es als Kriegsberichterstatter des ehemaligen Großen Generalkommandos getan hat.“ Scharfgesprochen wurde in dieser Resolution noch zum Ausdruck gebracht, daß die Soldatenräte Bayerns den Schwindel des Dörschubs mit dem Schwadronenführer: Die Revolution ist in Gefahr! beantwortet werden.

Eine scharfe Anklage.

Wir veröffentlichen folgende Aufsätze: „Ein wunderbares Beispiel, wie herrlich weit wir es in der „sozialistischen“ Republik gebracht haben, bildet die Kursteigerung der Aktien der Berliner-Boerse-Akt.-Ges. an der Berliner Börse. Im Dezember, als die Herren Kapitalisten sich noch vor einer Sozialisierung fürchteten, fand der Kurs dieses Papiers auf 180. Im Laufe des „Ausbaues der Revolution“ stieg das Papier fast täglich, bis es an der Börse vom Dienstag einen Kurs von 288 erreichte.“

Und warum? Weiß dieser Gesellschaft, die wie nur wenig andere enorme Kriegsgewinne erzielt, jetzt vom Kasse für rückgängig gemachte Kriegsaufträge noch Mitteilungen der „Münchener Reichs Nachrichten“ eine Entschädigung von 87,5 Millionen Mark gezahlt werden soll. Die erste Rate in Höhe von 12 Millionen Mark hat die Gesellschaft bereits erhalten. Sollte man es für möglich halten, daß unter einer sozialistischen Regierung einer Gesellschaft, deren Aktionäre vor dem Krieg 8, 10, 12 und 14 Prozent Dividende, während des Krieges 10, 25, 35 und 50 Prozent Dividende erhielten, dafür, daß nun endlich der Krieg und mit ihm die enormen Profite aufgehört haben, eine „Entschädigung“ von fast 90 Millionen Mark

gezahlt werden können? Und das zu einer Zeit, wo das Reich mit jeder Mark zu rechnen hat! Hier wirft man nichtstündenden Aktionären 90 Millionen in den Nachen, während man auf der anderen Seite behauptet, die Arbeitslosenunterstützung ermäßigen zu müssen. Man rechne sich aus, wie viele Gesellschaften ebenfalls eine Entschädigung erhalten werden, und man bedenke, wie viele Hunderte von Millionen dies dem Reich kosten wird. Tatsächlich sind an der Berliner Börse die Aktien von Rückgangsgesellschaften in der letzten Zeit in Erwartung dieser Entschädigung schon erheblich gestiegen.“

Wir erwarten eine sehr richtige Neuorganisation der Regierung zu dieser Anklage. Sollte es richtig sein, daß der Industrie für rückgängig gemachte Kriegsaufträge so gewaltige Entschädigungen erstattet worden sind, so wäre ein solches Verhalten unehrenhaft. Aber leider ist es nicht so unwahrscheinlich, daß den Satten Millionengewinne in den Nachen geworfen werden, während zu gleicher Zeit die Arbeitslosen mit Entziehung der Unterstützung bedroht werden.

Zu Kadets Verhaftung.

Uns folgt folgende Erklärung zu: „Karl Kadel hat bei seiner Verhaftung erklärt, er sei durch Richard Müller und Mollenbühr nach Berlin gerufen worden. Hierzu stellen wir folgendes fest: Am 23. November 1918 beschloß der Volkstagrat einen Zentralkongress der A- und S.-Räte Deutschlands nach Berlin einzuberufen. Am 29. November 1918 beschloß der Volkstagrat, die russische Regierung zu ersuchen, Delegierte zu dem am 15. Dezember 1918 stattfindenden Kongress der A- und S.-Räte zu entsenden.“

Dieser Beschluß wurde ausgeführt und von den beiden Vorstehenden gegenzeichnet. Der Rat der Volksbeauftragten erhob gegen die Einladung der russischen Regierung zum Zentralkongress Einspruch, worauf der Volkstagrat seinen Beschluß vom 29. November wieder aufhob. Eine andere Einladung an die russische Regierung, deren Mitglied Karl Kadel ist, als die vom 29. November, ist von uns nicht veranlaßt worden. Richard Müller, Mollenbühr.

Protest des Verteidigers Karl Kadets.

Der Verteidiger Karl Kadets, Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, übermittelte uns folgenden Protest:

Karl Kadel hatte mir ordnungsmäßige Vollmacht zu seiner Verteidigung erteilt. Auf Grund derselben erhielt ich heute von dem zuständigen Untersuchungsrichter die schriftliche Erlaubnis, Kadel im Zellengängnis Moabit, in dem er untergebracht ist, in seiner Gegenwart zu sprechen. Als ich mich zur vereinbarten Zeit im Gefängnis eingefunden hatte und in die Zelle geführt worden war, in der Kadel und der Untersuchungsrichter sich befanden, und kaum meine Unterredung mit Kadel begonnen hatte, erschienen ein Leutnant und einige Soldaten des Regiments Reinhardt, die verlangten, daß ich sofort die Zelle verlassen sollte, da ich als Verteidiger Kadel nicht ohne vorherige Erlaubnis des Obersten Reinhardt sprechen dürfe. Mein Protest hiergegen blieb unbeachtet. Der Leutnant, der sich auf mein Verlangen mit anerkanntem Eifer bemühte, des Obersten Reinhardt habhaft zu werden, erreichte diesen schließlich nach 1 1/2 stündigen Bemühungen telefonisch im Restaurant Hoyer, wo er gerade dinierte. Oberst Reinhardt verbot, trotzdem er darauf hingewiesen wurde, daß ich von dem allein zuständigen Richter die erforderliche schriftliche Genehmigung hatte, mich zu Kadel zu lassen, und erklärte, daß kein Verteidiger diesen ohne seine und des Oberstaatsanwalts schriftliche Genehmigung sprechen dürfe. Nur an meinem energischen Protest scheiterte der Versuch, mir die von Kadel erteilte Vollmacht abzunehmen.

Da es sich um ein schwebendes gerichtliches Strafverfahren handelt, und da nach der Strafprozeßordnung jeder Angeklagte das unentziehbare Recht auf Verkehr mit seinem Verteidiger hat, und da ferner die ordnungsmäßige Genehmigung des hierfür allein zuständigen Untersuchungsrichters vorliegt, stellt das vorstehend geschilderte Verhalten des Militärs einen Eingriff in die Rechtspflege dar, wie er bisher geradezu unerhört war. Selbst während des kriegsähnlichen Zustandes des Wehrdienstes ist eine derartige Strafe Gleichwidrigkeit nicht vorgekommen. Sowohl zur Wahrung der Rechte des Angeklagten, wie zur Wahrung der Rechte des Verteidigers sehe ich mich deshalb genötigt, gegen diesen Stand vor aller Öffentlichkeit zu protestieren. Selbstverständlich habe ich auch bereits andere Schritte getan, um Remedur zu schaffen.

Gelogentlich meines kurzen Besuchs bei Kadel mußte ich feststellen, daß derselbe in so schweren eisernen Fesseln schmachtete, wie das selbst bei Raubmördern heute nicht mehr üblich und bei politischen Gefangenen wohl noch niemals vorgekommen ist.

Belagerungszustand in Hamburg.

Hamburg, 18. Februar. Der A- und S.-Rat Wilhelmshagen erläßt eine Belagerungserklärung, wonach er sich insolge der großen Bedrohungen der Eisenbahn durch bewaffnete Banden, gegenwärtig nicht über Wilhelmshagen den Belagerungszustand zu verhängen. Alle Personen, welche ohne Erlaubnis Waffen tragen oder beim Wüsten und Wachen angetroffen werden und am Kuftruh sich beteiligen, werden handbrechlich erschossen. Für Hamburg wurde sofort des Seebener-Ausschusses des Soldatenrats der Belagerungszustand dahin bestimmt, daß für alle Demonstrationen passiv sein dürfen, sowie daß große politische Versammlungen nach sechs Uhr abends verboten sind.

Internationales Arbeiterrecht.

Paris, 12. Februar. (Gowebmeldung.) Der Ausschuß für internationales Arbeiterrecht hat gestern Artikel 4 des englischen Entwurfs, der die Bestimmung nach Staaten durch das Recht der Vertreter erteilt, selbständig ohne Rücksicht auf die Meinung der Vertreter des eigenen Landes zu stimmen, ferner Artikel 5, welcher der internationalen Arbeiterkongressen ihren Sitz am Sitz des Väterlandes anweist, angenommen und die Kritik über Errichtung eines ständigen internationalen Arbeiteramtes in der Hauptstadt des Väterlandes als Bestandteil seiner Verwaltung bezogen.

Gewerkschaftliches.

Die Fleischer für die Arbeiterräte.

In einer interessanten Debatte kam es auf der Generalversammlung der Fleischer. Auf Grund eines Antrags Urban wurde die Tagesordnung um den Bericht der Arbeiterräte erweitert. Diesen Bericht erstattete Kollege Wolff. In ausführlicher Darlegung schilderte er, wie sich die Widerstände gegen ein erspriechliches Wirken der Arbeiterräte von Tag zu Tag mehrten. Die Ursache sei in der Haltung der Regierung zu erblicken, die leicht die Institution, der sie erst ihre Daseinsbedingung, mit Recht als ihren reaktionären Plänen hinderlich empfinde. Die Regierung und die Unternehmer würden jedoch nicht so vorgehen können, wenn die Arbeiterkraft vorzichtiger bei der Auswahl ihrer Vertreter, der Arbeiterräte, gewiesen wäre. Diesem seien Leute gewählt worden, die der revolutionären Einrichtung, den Arbeiterräten, das Grab schaufeln helfen. Er sei nicht der Ansicht, daß durch das Rätesystem die Gewerkschaften besetzt werden sollen. Diese müssen aber eine ganz andere Haltung einnehmen, als sie es im Kriege getan haben und auch jetzt noch vielfach tun. Immer deutlicher trete eine Umgestaltung in der Stimmung der Arbeiterkraft zutage. Sie werde die verfehlte Politik der Gewerkschaften nicht mehr mitmachen und werde sich immer entschiedener von den Hochverratern ab zu der U. S. P. D. Der lebhafteste Beifall, dem während dieser Ausführungen und an deren Schluß dem Redner zuteil wurde, bewies, daß letzterer sich in völliger Übereinstimmung mit fast der ganzen Versammlung befinde.

An den Bericht schloß sich eine eingehende Ausdeutung an. Kollege Urban sagte u. a.: Die Gewerkschaften dürfen in ihrer bisherigen Form nicht bestehen bleiben, sondern die gewerkschaftlichen Organisationen müssen mit den politischen eine Einheit bilden. Und die Arbeiterkraft muß sie mit revolutionärem Geist erfüllen. Wir wollen die Revolution weiterführen bis zum Siege des Sozialismus. Dazu ist es aber nötig, die Arbeiterräte, die sich als ungenügend erwiesen haben, durch geeignete zu ersetzen. Er beantragte scheinbar eine Einberufung einer außerordentlichen Fleischerversammlung zur Vornahme von Neuwahlen der Arbeiterräte.

Auch Kollege Schneider, der davon berichtete, wie ihm bei seinem Bemühen, die Firma Ludwig zum Tarifschluß zu bewegen, sogar von Mehrheitssozialisten Schwierigkeiten bereitet wurden, forderte, daß nur Kollegen mit langjähriger politischer Schulung zu Arbeiterräten gewählt würden. Kollege Wolf kam auch auf die Einigungsbestrebungen zu sprechen und sagte: Mit einem wirklichen Sozialisten kann man sich immer verständigen. Aber was nennt sich heute nicht alles „Sozialist“. Und gerade diese Leute bestimmen heute die Politik, weil wir am 4. November zu rückfällig geworden sind. Wir hätten früher durchgreifen müssen. Die Gewerkschaftsführer glauben eine Sammelherde hinter sich zu haben. Sie werden aber bald einscheiden müssen, doch es so nicht weiter geht. Aus dem von der Verbandleitung wendet sich energisch gegen diese Auffassung. Die Mitglieder, so sagte er aus, haben es so in der Hand, bei der alljährlich stattfindenden Neuwahl ungeeignet erscheinende Angestellte durch andere zu ersetzen. Er schildert dann an zahlreichen Beispielen, wie reaktionär selbst heute noch Stadtschreiner Groß-Berliner Gemeinden und sogar Vereine gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen sind. Zum Schluß forderte er sein Einverständnis mit dem Rätesystem. Die Arbeiterkraft dürfe sich die Stellung der Arbeiterräte nicht verkümmern lassen. Gerade weil in der Nationalversammlung eine bürgerliche Mehrheit vorhanden sei, seien sie so notwendig.

Die Generalversammlung beschloß die lächerliche Vornahme von Neuwahlen der Arbeiterräte und vertagte die Vorstandswahl auf eine spätere Versammlung.

Zum Streik der Warenhausangestellten.

Am die Bewegung talig zu beenden, hat Oberbürgermeister Werner seine Vermittlung angeboten. Es sind Verhandlungen im Gange, die jedoch noch nicht abgeschlossen sind. Die Hauptforderungen sind die Herren Oskar Lich und Grünfeld. Sie haben aber den Bogen überspannt. Eine Anzahl Firmen sind bereits aus der Arbeitgeberorganisation ausgeschieden und haben die stilligen Forderungen anerkannt. Weitere Abmilderungen sind bald zu erwarten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der gewählten Sache der Angestellten ein rascher und vollständiger Sieg beschieden wird.

Bei der Firma H. B. Grünfeld, Leipziger Straße 90-92, erhellten gestern sämtliche am Streik beteiligten Angestellten ein Schreiben, worin sie aufgefordert werden, bis zum 14. Februar früh 8 Uhr 50 Minuten ihren Dienst wieder anzutreten, andernfalls sie faktisch entlassen werden. Die Drohung mit der Hungertüte dürfte jedoch ohne Erfolg bleiben, denn Herr Grünfeld wird sich überzeugen müssen, daß hinter den Bedrohungen eine mächtige Organisation steht, die seinen Machtgelüsten einen Damm setzen wird.

Der Streik der Versicherungsangestellten.

Der Stand der Streikbewegung in der Versicherungsbranche ist sehr düster. Die großen Firmen sind vollständig geschlossen. Nur in der „Bilgoria“, wo die Forderungen bescheiden sind, wird gearbeitet, doch besteht dort große Unruhe. Die entschlossene Haltung der Streikenden hat bereits bewirkt, daß die Unternehmer den Schlichtungsausschuß angerufen haben. Dieser hat sich jedoch bis zur Stunde noch nicht an die Streikstellung gewandt. Wenn aber die Unternehmer, die die Polizei um Hilfe angegangen haben, glauben, damit irgendwelchen Einfluß auf die Bewegung ausüben zu können, so werden sie sich aber gewaltig täuschen. Sie können wahrhaftig stüßen, von solchen albernem, mittelalterlichen Maßnahmen abzusehen. Denn der vernünftigen Haltung der Streikpartei sind Zwischenfälle vermieden worden.

Die „Wilhelma“ ist auf den auch nicht mehr ganz neuen Gedanken gekommen. Streikreicher von außerhalb herbeizubolen. Sie hat sich zu diesem Zwecke nach Wannenburg gewendet. Natürlich ist die Streikleitung auch nicht müde gewesen und hat entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen. Gespannt kann man sein, ob etwa genannte Streikreicher den Zehnsteck nach Berlin erhalten. Wie sind der Meinung, daß eine Beschiebung des Reichs hat, den Streikbruch zu begünstigen.

Von der Streikleitung wird uns noch geschrieben: „Am 11. März sind die Verhandlungen, denen wir mit, daß ferner der bei dem Tarifvertrag angeschlossenen Angestelltenverbände folgende Forderungen gestellt worden sind: Bis zum Abschluß des Tarifvertrages soll ein monatliches Produktionsgehalt gezahlt werden bis zum 30. Lebensjahr 60 M., bis zum 31. Lebensjahr 75 M., über das 31. Lebensjahr hinaus 100 M. auf die Lebensjahre. Die Gehälter der Alleineinhaber der Versicherungsanstalten betragen ungefähr 90 M., 100 M. monatlich, so daß nach Bemittlung des Produktionsgehaltes immer noch recht beträchtliche Gehälter herauskommen. In einer Donnerstag nachmittags stattgefundenen

Versammlung der Angestellten der Kleinbetriebe wurde mitgeteilt, daß die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Köpfboten sich der Bewegung angeschlossen haben.“

Streik bei Siemens u. Halske.

Am Hochwert der Firma Siemens u. Halske in Siemensstadt war vor einigen Tagen dem Kommunisten Komitee gekündigt worden. Seine Kollegen betrachteten die Kündigung als Vorkriegsregelung und verlangten in einer Betriebsversammlung, daß U. S. P. D. so lange im Betriebe verbleiben solle, bis der Schlichtungsausschuß in dieser Angelegenheit das Urteil gefällt hat. Trotzdem verharrete die Direktion auf dem Standpunkt, daß U. S. P. D. zu verbleiben habe und sein Mandat als Commant erlösen ist. Gegen dieses Vorgehen der Direktion protestierte die Arbeiterkraft einmütig, indem sie gestern mittig die Arbeit boykottierte. Das Vorgehen der Firma verriet sich gegen den Schlichtungsausschuß, wozu bei Entlassungsbereitschaften der Schlichtungsausschuß anzurufen ist.

An unsere Organisationen.

Parteigenossen!

Die Revolution hat die Parteien gesprengt, in die unsere Organisationen vor dem eingezwängt waren. Überall vollzieht sich jetzt ein mächtiges Umschwenken unserer Mitgliedschaften, vielerorts haben unsere Genossen neue Vereine und neue Parteiblätter gegründet. Die Wahlen zu den neuen Parlamenten im Reich, Staat und Gemeinde nahmen und nehmen die persönlichen und materiellen Kräfte unserer Genossen aufs äusserste in Anspruch. Eine Fülle neuer Aufgaben mußte gelöst werden und drängt sich täglich auf.

Die Zentrale der Partei hat die Lösung und Neuauflage all dieser Aufgaben bisher nach Kräften gefördert und wird es auch fernere tun. Sie ist aber bei dem Nachdruck der plötzlich als dringlich an sie herangetretenen Anforderungen anerkennend, für die nächste Zeit allen Wünschen der Parteigenossen nach zentraler Hilfe zu entsprechen. Die Parteigenossen müssen in verstärktem Maße aus eigener Kraft die Aufgaben lösen, die ihnen die revolutionäre Zeit stellt.

Parteigenossen! Es gilt, neue republikanische und sozialistische Kräfte heranzuziehen und dabei das Vorurteil gegen Einheimische zu überwinden. Die erforderlichen Geldmittel müssen möglichst örtlich aufgebracht werden. Keine öffentliche Versammlung sollte ohne Eintrittsgeld, Zellerfassung usw. abgehalten werden, um die Unkosten für Inkassos, Plakate, Referenten und die allgemeinen Ausgaben zu decken. Für Wahlen, Delegationen und sonstige besondere Zwecke sollte unter den Gesinnungsgenossen mittels Pipen oder Bous eifrig gesammelt werden. Bei Zeitungsgründungen und ähnlichen Unternehmungen sollte vor allem an die Opferwilligkeit der Genossen und die Hilfe anderer Organisationen des Bezirks herangezogen werden, deren Interesse für die Gründung dadurch dauernd wachgehalten wird.

Parteigenossen! Diese Wochen sind infolge der Abgrenzung von der Sozialdemokratie geprägt worden, ehe die Unähnlichkeit zum großen Geldsack der Zentrale einsetzte, die sich während des Krieges als so verhängnisvoll erwiesen hat. Wir wollen diese entwerdende Erscheinung in unserer Partei nicht aufkommen lassen. Darin war sich unser Gründungsmitglied in Gotha einig und hat unser Organisationsstatut entsprechend gestaltet. Die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit müssen der Stolz unserer Organisationen sein und bleiben. Der Aufstieg unserer Organisationen ist mühselig und schwer, aber ihnen winkt reicher Erfolg. Die Massen krömen uns zu. Deshalb, Parteigenossen, allen Schwierigkeiten zum Trotz: Frisch auf ans Werk, rüftet zum Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus!

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle Sendungen, besonders aber Geldsendungen müssen postalischer Bestimmungen wegen nicht an die Partei, sondern persönlich adressiert sein, und zwar an eine der folgenden Adressen: Wilhelm Dittmann, oder Hermann Radtke, oder Luise Riech, alle drei Berlin NW 4, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen.

Ueber den Stand unserer Organisation

Sou auf dem in nächster Zeit stattfindenden Parteitag Bericht gegeben werden. Der größte Teil der Organisationen hat aber bisher die für den Bericht als Material notwendigen Fragebogen noch nicht an die Zentrale zurückgeschickt. Wir bitten die Genossen, sofort bei ihren Sendungen darauf zu drängen, daß die Einreichung — soweit sie noch nicht erfolgt ist — sofort geschieht.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Berlin NW 4, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Trepp.

Die Sabotage der Unternehmer.

Die Methode der Unternehmer, durch zeitweilige Einstellung der Produktion eine Massenarbeitslosigkeit hervorzurufen und dadurch die Löhne herabzudrücken, erweist eine Bedeutung in der Betriebsversammlung der Deutschen Arbeiter- und Funktionärspartei Mittelau, Abteilung Walfischbau, die gestern in den Wappsteinen lagte. Das Arbeiterkammermitglied Schmidt, berichtete über die Bemühungen des Arbeiterrates, die Produktion aufrechtzuerhalten, was aber die Unternehmer verhindern. Trotzdem Kohle und Rohmaterial vorhanden sei, haben sie Arbeiterentlassungen in großem Umfang vorgenommen. Die Verhandlungen der Leitung der Wappsteinwerke mit der Regierung, insbesondere dem Volksbeauftragten Bischoff, seien ergebnislos verlaufen. Auf die Frage des Arbeiterrates, was sie zu tun hätten, um die Unternehmer zur Durchführung der Produktion zu veranlassen, antwortete Bischoff, daß man wohl

durch Gesetzgebungen die Kapitalisten dazu zwingen könnte, die Arbeit fortzusetzen. Es bliebe nur das Mittel, an das man sich als Arbeiter zu wenden hätte. Kapitalisten zu enteignen. (Großes Geschrei.) Schmidt hat Bischoff, ohne den Arbeiterräten über ihre Machtbefugnisse Auskunft zu geben, sie an das Demobilisierungsgesamt verwiesen und sich fargerhand verabschiedet. Diefen Verhandlungen wußte auch Eichen vom Reichsarbeiterverband bei, der Bischoffs Ausführungen unterbrach.

Nach längerer Diskussion, die sich besonders gegen die Volksbeauftragten richtete, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Versammelten gegen das Verhalten des Volksbeauftragten Bischoff auf das entschiedenste protestierten. Die Versammelten verlangten, daß der Sabotage der Unternehmer durch energische Maßnahmen der Regierung entgegengetreten werde. Ferner forderten sie die Entlassung der Weihen Gards und die Verhaftung der revolutionären Arbeiterkraft zur Durchführung des Sozialismus und schärfste Beurteilung der jetzt bekannten Räder des Reichs und Brandenburg von einem von der Arbeiterkraft eingesetzten Gericht.

Die Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen sondieren ihre Arbeiterkräfte zu einer Konferenz im Herrenhaus. An dieser Besprechung nahmen die Arbeiterräte, die auf dem Boden der U. S. P. D. u. S. P. D. u. S. P. D. stehen, teil, und haben zu der Lohnbewegung der Angestellten der eben genannten Organisationen Stellung genommen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: Die am 13. Februar 1919 im Herrenhaus verammelten Arbeiterräte der Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen anerkennen die berechtigten Forderungen der Angestellten der Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen, erhöhen hierdurch gleichzeitig förmlichen Protest gegen eine Verletzung der Verhandlungen zwischen dem Arbeiterausschuß der Angestellten sämtlicher Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen und den Behörden, sowie den Geschäftsführern und Beamten der Kriegsgesellschaften, bei dem Inkrafttreten der Kriegsgesetzgebung sofort vorläufig zu werden und dafür zu sorgen, daß jetzt die gewählte und zu Recht bestehende Reinerkommission von Seiten der Behörden und Geschäftsführer anerkannt ist als Interessensvertretung sämtlicher Angestellten der Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen — also auch der gewerblichen Arbeiter und Hausangestellten — und daß nunmehr die Verhandlungen innerhalb 5 Tagen zu Ende zu führen sind. — Hierauf wurde eine Kommission eingesetzt, welche beauftragt wurde, mit dem Volksgesetzrat, dem Zentralrat und der Regierung in Verhandlungen zu treten. Diese Kommission ist sofort mit dem Volksgesetzrat in Verhandlungen eingetreten.

Eine Branchenversammlung der Eisen-, Metall- und Revolvermacher, sowie Kunstschleifer, beschäftigte sich mit dem Kollektivvertrag mit den Branchen und beschloß nach dem Bericht über die statutenmäßigen Verhandlungen das Abkommen abzulehnen. — Dann berichtete der Branchenleiter über die wirtschaftliche Schließung der Betriebe sowie die nicht planmäßige Verteilung der Kohlen. Er wies darauf hin, daß ein Betrieb, der Viktoriafabrik und Werbestalpe besteht, Kohlen in reichem Maße ausstellt erhält, während z. B. die Wälder der Konsumgenossenschaft, welche 14 Millionen der Berliner Bevölkerung mit Brot versorgt, vor einem Nichts steht. — Die Versammlung nahm einstimmig einen Antrag an, der die Regierung ersucht, die Unternehmer, die ihre Betriebe ohne Grund schließen, ohne Entschädigung zu enteignen. Deshalb Klagen über die unwürdevolle, während des Krieges nach Deutschland gebrachten Polen, die man jetzt ihrem Schicksal überläßt, wurden vorgebracht. — Zum Schluß wurde auf Antrag eines Kollegen gegen wenige Stimmen beschlossen, daß in Zukunft keine Annoncen im „Vorwärts“ aufgegeben werden, sondern nur die „Freiheit“, „Republik“ und die „Acht Jahre“ zu verwenden sind.

Die Arbeiterkammer des Bezirks Ost III nahmen in einer Mitgliederversammlung Stellung zur Generalversammlung für Wappstein. Der Domann, Kollege Buse, besprach in kurzen Ausführungen die Aufgaben der Delegierten auf der Berliner Generalversammlung. Er wies darauf hin, daß sich innerhalb der Gewerkschaften Bestrebungen geltend machen, langfristige Tarifverträge mit den Arbeitgeberverbänden abzuschließen, um so das Streikrecht der Arbeiter faktisch zu machen. Auch eine Aufhebung des „Genossen“ Logen auf einer Vorstandskonferenz zeige, daß man den Arbeiterräten das Lebenslicht ausblasen wolle. Bei der Wahl der Delegierten müsse man also sehr vorsichtig sein. — In der sehr lebhaften Diskussion wurden diese Ausführungen unterstützt und ergänzt. Unter besonders großer Aufmerksamkeit kritisierte Kollege Siegle die Haltung der Gewerkschaften während des Krieges. Die Gewerkschaften hätten durch die Unterfütterung der Politik des 4. August die Interessen der Arbeiter verloren und sich so zum Mitschuldigen an dem jetzigen Zusammenbruch gemacht. Die Generalversammlung müsse eine Abrechnung vornehmen auch an unserer Verwaltung, die nichts getan habe, um dieser Politik entgegenzutreten. In sie sogar geteilt habe. Die Haltung der Gewerkschaften führe nicht zur Beseitigung des Systems der Ausbeutung, sondern treibe die Ausbeutung zwischen Kapital und Arbeit an. Von der Zusammenkunft der Generalversammlung hänge es ab, ob die jetzige Politik gebilligt und fortgesetzt werden soll. Die Kollegen mögen Delegierte wählen, die die sozialistischen Prinzipien hochhalten und auf dem unverfälschten Boden des internationalen Sozialismus stehen. Auf Beschluß der Versammlung mußten die vorgeschlagenen Kandidaten ihre politische Glaubensbekanntnis ablegen. Die Vorläufige der Delegierten zum Verhandlungstag wurden für eine spätere Versammlung vertagt. — Dann fanden noch folgende Anträge, die der Generalversammlung unterbreitet werden sollen, gegen eine keine Widerheit Ausnahme: Der „Vorwärts“ ist nicht mehr als Publikationsorgan zu benutzen. Als Publikationsorgane gelten die „Freiheit“ und „Acht Jahre“. — Gegen eine Stimme wurde beschlossen, das Ausschußverfahren gegen den „Arbeiter“ Kost zu bekräftigen.

tariffikantenschaft der Konditoreibitzer. Nach fünf Verhandlungen war eine Einigung mit den Konditoreninnungen und dem Verein der selbstständigen Konditoren fast erzielt. Wder Erwarten ging und die Mitteilung zu, daß der Tarif von den Konditoreibitzern abgelehnt sei. Ohne Begründung sträubten sich die Konditoreibitzer, einen Vertrag zu unterzeichnen, dessen Sache bereits in größeren Konditoreien geschloß worden und mit einzelnen Geschäften vertraglich abgeschlossen sind. Es ist der Beit einiger kleiner Konditoreien, welche noch Monatslöhne von 120 M. zahlen und nur junge, ledige Leute beschäftigen wollen. Folgende Resolution gelangte in einer Versammlung der Konditorgehilfen zur Annahme: Die heutige Versammlung des Berliner Konditoren-, Laden- und Backwarenpersonals nimmt mit Bedauern Kenntnis von der absehbenden Haltung der Konditoreibitzer Berlin, gegen ein geordnetes tarifliches Arbeitsvertragsverhältnis. Die Versammlung lehnt die Verantwortung für die Erschütterungen des Gewerbes, welche durch die rückfällige „Tarifikantenschaft“ eines Teiles der kleinen und mittleren Konditoreien kommen muß, ab und beauftragt die Organisationsleitung, alle derselben gekennet ercheinenden Wege zu beschreiten, um die Bewegung in eine den berechtigten Interessen der in den Konditoreien Beschäftigten Rechnung tragenden Form energisch zu Ende zu führen. Die ersten Schritte dazu sind bereits getan, und das Berliner Einigungsamt angerufen worden, in der Hoffnung, daß damit die beschriebenen Forderungen der in den Konditoreien Beschäftigten Gehilfen, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen geregelt werden.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Kolleginnen und Kollegen, die sich dem Streikverwey zur Verfügung stellen wollen, treffen sich vormittags 9 Uhr im Konigsplatz-Ausgang, Holzmarktstraße, Ecke Alexanderstraße.

Die Regierungserklärungen.

Deutsche Nationalversammlung.

6. Sitzung, Donnerstag, den 13. Februar 1919, nachmittags 3 Uhr.

Vizepräsident Kaufmann eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten und teilt mit, daß Dr. David infolge seiner Berufung in die Reichsregierung das Amt des Präsidenten der Nationalversammlung niedergelegt hat.

Nach Verlesung der Namenliste der neuen Reichsregierung tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Erklärung der neuen Reichsregierung.

Präsident des Reichsministeriums Scheidemann: Das neue Ministerium hat sich unter meinem Präsidium bereits konstituiert, ihm gehört auch der preussische Kriegsminister ohne Stimmrecht an. Das Programm des Reichsministeriums, umfassend die Aufgaben der nächsten Zukunft, erlaube ich mir Ihnen vorzutragen:

Das Arbeitsprogramm:

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung ist der alleinige Träger der Reichsgewalt. Festigung der Einheit des Reichs durch eine feste Zentralgewalt. Einheitliche Führung der Außenpolitik, einschließlich der auswärtigen Wirtschaftspolitik. 1. Außenpolitik. 1. Durchführung sofortiger Friedensschlüsse, Festhalten an den Grundsätzen des Präsidenten der Vereinigten Staaten unter Ablehnung jeder Gewaltverletzung.

2. Wiederherstellung eines deutschen Kolonialgebietes.

3. Sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen. (Beifälliges Bravo!)

4. Gleichberechtigte Beteiligung am Völkerbund. Gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung. Obligatorische Schiedsgerichte zur Vermeidung der Kriege. Abschaffung der Geheimdiplomatie.

II. Innenpolitik. 1. Demokratische Verwaltung. Beseitigung aller Bevorgewaltungen bei der Verwaltung von Beamtenstellen. Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst entsprechend den auf allen Gebieten vermehrten Frauenaufgaben.

2. Hebung der allgemeinen Volksbildung durch höchste Entwicklung des Schulwesens von unten auf. Jedem Kind ist ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse der Zugang zu den höchsten Ausbildungsklassen gemäß seiner Begabung zu ermöglichen. Erhaltung der Jugend.

3. Schaffung eines auf demokratischen Grundgesetzen aufgebauten Volksherrschers zum Schutze des Vaterlandes, unter wesentlicher Beobachtung der Dienstzeit. Jeder Truppenteil wählt einen Vertretersausschuß zur Mitwirkung bei Verpflegung (Kantine), Urlaub und Unterbringung, sowie bei Verwundeten. Entlassung der in den Kavernen befindlichen Soldaten, auch des Jahrgangs 1899. Auflösung der militärischen Behörden, die nur für den Krieg geschaffen waren und der heute als überflüssig zu erachtenden Friedensbehörden. Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere. — Für die Uebergangszeit: Beschäftigung der bisher von den Soldaten gewählten Führer, soweit sie sich bewährt haben.

4. Ausreichende Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten.

5. Einheitliche Grundgesetze für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Förderung der Ausgestaltung des Verkehrslebens unter voller Wahrung des Reichsinteresses. Das Reich hat in enger Fühlung mit den beteiligten Kreisen regelnd und ausgleichend einzugreifen, damit das deutsche Wirtschaftsleben sich zum Wohle des ganzen Volkes entwickelt. Förderung der durch die Kriegssorgen schwer geschädigten mittleren und kleineren Gewerbetreibenden. (Bravo!)

6. Nationalisierung und Höchstpreise werden für notwendige Lebensmittel und zwar für diejenigen, an denen wir Mangel leiden, vorerst aufrecht erhalten. Die Kreis der Verteilung der Lebensmittel und die Entlastung des freien Handels erfolgt, sobald die Versorgung des Marktes so sichergestellt ist, daß Angebot und Nachfrage ihren Ausgleich finden können. Die Einfuhr wird nur insoweit beschränkt, als dies mit Rücksicht auf unsere Finanzverhältnisse notwendig ist. Solange die Einfuhr der rationierten Lebensmittel von Reichsstellen geleitet wird, sind die Vertreter des Handels und der Verbraucher hinzuzuziehen.

7. Wirtschaftszweige, die noch ihrer Art und ihrem Entwicklungsstand wegen einen prävalent monopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Soweit sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen, insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie, und dadurch zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reif geworden sind, sind sie in öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Bewirtschaftung oder auf Reich, Staat, Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übertragen.

8. Die Koalitionsfreiheit ist für jedermann in der Verfassung festzulegen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind zwischen den Organisationen der beteiligten Unternehmer, Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren. Ihre Durchführung ist durch Vertretungen der beteiligten Arbeiter und Angestellten zu überwachen. Das gesamte Arbeitsrecht ist den neuen Verhältnissen anzupassen.

9. Auf sozialpolitischem Gebiet sind in Angriff zu nehmen die planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, die Wohnungsfürsorge, der Ausbau des Mutter- und Säuglings-, und Jugendfürsorge. Der Arbeitsnachweis ist auf öffentlich rechtlicher und paritätischer Grundlage zu teilen und für die Arbeitslosen, soweit ihnen nicht Arbeit beschafft werden kann, zu sorgen.

10. Den Beamten sind die Staatsbürgerlichen und beruflichen Rechte einschließlich des Koalitionsrechtes zu sichern. Eine zeitgemäße Regelung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse ist durchzuführen. Schaffung eines freibeitlichen Beamten- und Disziplinarrechtes.

11. Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Kleinbäuerlichen, bäuerlichen und allen sonstigen volkswirtschaftlich wertvollen Betriebsformen, insbesondere durch Pflege des Genossenschaftswesens. Schaffung von Neu- und Wiederbesiedlungszwecken durch Bodenverbesserung und Heranziehung des Großgrundbesitzes nach vorwiegend wirtschaftlichen Grundgesetzen, erforderlichenfalls durch Anwendung des Vorkaufsrechtes oder durch Enteignung.

12. Verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und wiederholte Erhebung einer Höhe-Einkommensteuer. Heranziehung der Vermögen, unter Freilassung der Kleinrenten, zur Verminderung der Schuldenlast des Reichs. Die Einkommenbesteuerung ist zunächst auf einheitliche Grundlage zu stellen und nach sozialen und bevölkerungspolitischen Grundgesetzen anzuschließen. Die Erbschaftsbesteuerung ist in der Richtung der stärksten Erfassung des Großvermögens unter Berücksichtigung des Vermögens der Erben auszubauen.

13. Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen. Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigungen.

Das erste Wort der ersten verantwortlichen Regierung der deutschen Republik muß ein Bekenntnis zu dem Gedanken der Volksherrschaft sein, den diese Versammlung verkörpert. Im gerechtem freier Wahl hat das Volk sie zu seinen Vertretern bestellt, durch sie wird es sich seine Gesetze geben, denen unverbrüchlichen Gehorsam zu leisten unser aller Pflicht ist. Lassen Sie sich alle von der Größe dieser Vorleistung durchdringen, auf daß die Souveränität des deutschen Volkes, die der 9. November verkündet hat, stabilisiert ist wie ein Felsen von Erz.

Die erste Regierung der Revolution ist abgetreten, sie trägt ihre Verantwortung vor Volk und Geschichte. Sie hat ihre Aufgabe auch nicht anders aufgefaßt als so, daß sie das ihr zugefallene Amt zu treuen Händen zu verwalten hatte bis zu dem Augenblick, in dem das Volk selber in geordneter Abstimmung über die fernere Gestaltung seiner Geschichte entscheiden wollte. Darum hat diese Regierung schon in ihrer ersten programmatischen Erklärung am 9. November die Wahl dieser Nationalversammlung angekündigt und alle Widerstände dagegen niedergerampft. Dies ist der Teil ihres Wirkens, auf den sie gläubig mit restloser Befriedigung zurückblicken zu können. Wir wissen nicht, welche schweren Stürme und noch bedrohlicher. Aber ich glaube, die Prophezeiungen wagen zu dürfen, daß die Zeiten der Gewalt Herrschaft ein für alle mal vorüber sind. (Frau Zick, u. Sog.: Roske!), das keine Macht der Welt jemals ungestraft es wagen dürfte, das gleiche politische Recht aller Volksgenossen anzutreten. (Beif. Weisall)

Wir betrachten es als eine der größten Ergründungen, daß auch die Frauen als gleichberechtigte Volksgenossinnen in unsere Reihen eingereicht sind. (Weisall.) Soll es doch die große Aufgabe der neuen Zeit sein, die Politik menschlicher zu gestalten als bisher. Wer wäre mehr dazu berufen als der Teil des menschlichen Geschlechts, der seit den ältesten Zeiten niemals Waffen geführt hat.

Von solcher Höhe ist unser Volk in einen Abgrund gestürzt. Als man uns rief, was längst keinhalten mehr. (Rufe: Rechts! Als na!) Das ist das schlimmste eines zur Niederlage bestimten Volkes, daß es sich über befehen muß, weil es an die Niederlage nicht glauben darf. Wir aber waren zur Niederlage bestimmt. Wir mußten vor der brutalen Wahrheit die Augen schließen, daß zehn schließlich immer härter sind als einer. Wir durften an unsere Niederlage nicht glauben, wenn wir sie nicht herbeiführen wollten, konnten aber mit diesem Glauben an uns selbst nicht die Macht der Zahlen aus der Welt schaffen. Als entgegen allen Voraussagen unserer U-Bootprophezie das Heer der Feinde im Westen um Willstons anwuchs und schließlich der geniale Galandeur des Weltkrieges, Ludendorff, (Widerpruch rechts) den Vankrott erklärte (erneuter Widerspruch rechts); diejenigen, die es miterlebt haben, werden keinen Widerspruch wagen! (Weisall) — fiel es wie eine Bombe von den Augen des Volkes. Deutschland war reif geworden für den 9. November. Das unser Volk in diesem furchtbaren Augenblick noch die Kraft besaß, die alle Gesellschaft zu zertrümmern und seine eigene Herrschaft auszurufen, darin erblicke ich die beste Bürgschaft für eine gute Zukunft.

In dem Augenblick, wo Deutschland reif wurde für eine demokratische Republik, mußte notwendigerweise die Fortführung der Geschäfte an diejenige Partei fallen, die seit jeher die Fortkämpferin des demokratischen Prinzips gewesen war. Weder für den Kanzler des alten Regimes noch für uns gab es in diesem Augenblick eine Wahl. Wir standen unter dem Zwang der unabweislichen Notwendigkeit.

Am 10. November ergab sich die Notwendigkeit, daß wir uns mit der Fraktion der Unabhängigen auf Bildung einer gemeinsamen Regierung zusammentaten. Wir gingen dabei von der Ansicht aus, die Revolution ohne weiteres Blutvergießen ihren Zielen auszuführen, so wie wir diese Ziele verstanden, zur Ausführung einer reinen Volksherrschaft im Staat, die uns auch als Sozialisten die Möglichkeit zu praktischer Arbeit eröffnete. Wie ernst unsere Absicht und wie weit unser Entgegenkommen war, ersehen Sie aus dem Umstand, daß wir uns bereit erklärten, alle Posten paritätisch zu besetzen, abgesehen von genau wählten, doch unser Ansehen im Volke unerschütterlich viel größer war, als bei jeder anderen Partei. (Sehr richtig! bei den Sog.) Wir nahmen das Verhältnis 1:1 an, während die Wahlen zur Nationalversammlung das Verhältnis 11:2 ergaben. (Hört, hört! Ruf bei den U. Sog.: Wird schon anders werden! — Lachen.) Unter diesen Umständen war unsere Herrschaft von vornherein belastet mit einer Gräueltat gegen den Geist der Demokratie. (Sehr richtig! bei den Sog. — Lachen bei den U. Sog.) aber es war dies beim damaligen Stande der Dinge ein notwendiges Zugeständnis an eine Partei, die nun einmal in den Reihen verfallener war, mehr stellen zu wollen als sie ihrer Zahl nach bedeutete. (Unterbrechungen bei den U. Sog.) Der Fehler vergrößerte sich bei einem Teile der Partei zur tragischen Schuld. Er strebte danach, als Spötter des deutschen Volkes mit Gewalt die ganze Macht an sich zu reißen. Er verkannte das Wesen der Revolution und lehnte es ab, die Wehrheit der Räte zu revolutionieren, sondern suchte durch List und Ueberredung die Mehrheit der Räte und der Waffen auf seine Seite zu bringen. (Sehr richtig! Lärme bei den U. Sog.) Ich nehme ohne weiteres an, daß die geistigen Urheber jenes Unternehmens der Sache der Menschheit zu dienen glaubten, aber es ist der schlimmste Irrtum dessen ein Mensch fähig ist, wenn er glaubt, die Segnungen des Sozialismus mit Handgranaten und Raschennagelwaffen einem Volke beizubringen. (Sehr richtig! Lärme bei den U. Sog.) Diesen Irrtum haben wir bekämpft, mit Worten, solange er sich in Worten äußerte, mit der Tat, als seine Anhänger wahnwügerweise zu Taten übergingen. (Zustimmung.) Wir haben dabei die Interessen des ganzen deutschen Volkes verteidigt, und so schwer wir uns auch zu diesem Kampfe entschlossen haben, unser Gewissen ist rein. ((Stürmischer Beifall. — Zurufe bei den U. Sog.: Stille! — Erneuter Beifall.)

Wir haben zur Vermeidung des Bürgerkrieges alles getan (1), nicht zuletzt auch, weil wir wußten, daß nach Entsehung des Bürgerkrieges Schuttschreitens auf beiden Seiten nicht zu vermeiden sein würden. Man kann nicht neben jeden Soldaten einen Minister stellen, der aufpaßt, daß der Soldat nicht über die Strenge schießt. (Sehr richtig!) Die alleinige Schuld für das, was geschehen ist, fällt ausschließlich auf die, die allen Warnungen und Beschränkungen zum Trotz das Verderben entfesselt haben. (Beifällige Zustimmung.)

Die Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt führten zum Austritt der Unabhängigen aus der Regierung. Was dann folgte, haben meine Freunde mit den Unabhängigen, als Angehörige der sozialdemokratischen Partei, auszumachen, nicht als Mitglied der Regierung. Wir können aber nicht verstehen, wie unangeborenen Schaden dadurch dem Grundgedanken der Demokratie zugefügt ist, daß die Unabhängigen sich niemals zu einer reinlichen Trennung von den Anhängern jener Widerpart ausgerafft haben, die die Revolution zum Ziel haben, als einen Ort der Gegenrevolution bekämpft haben. (Beifällige Zustimmung. — Lärme und Zurufe bei den U. Sog.) Ihr Verdienst ist es, daß ich glaube sagen zu dürfen: kein Mitglied der Nationalversammlung das erste Lebensbedürfnis unseres Volkes erfüllen kann, die Schaffung einer Verfassung. (Erneute Zurufe bei den U. Sog.) Sie sind die Säulen einer Demokratie geworden, sie

folgen den lautesten Schreibern, sie bekämpfen die Rationalisierungsversuche, obwohl sie nichts anderes ist und nichts anderes sein soll als die Verfassung, die die magna charta der Revolution beschließen soll. (Beifälliger Beifall. — Lärmende Zurufe bei den U. Sog.) Nicht die Revolution zu beenden, sondern ihr Wert methodisch und ohne Uebertriebenheit fortzuführen, muß die Aufgabe jeder künftigen Volksvertretung und jeder künftigen Regierung sein, die vor der Geschichte in Ehren bestehen will. (Zurufe bei den U. Sog.: Auf ewig gebrandmarzt!)

Nachdem das Volk am 10. Januar seiner Partei die absolute Wehrheit zuerkannt hat, ist die Bildung einer aus mehreren Parteien zusammengefaßten Regierung zur unausweichlichen Notwendigkeit geworden, und zwar auf einer möglichst breiten Grundlage, die dabei auftauchenden Schwierigkeiten müssen überwinden werden.

Der Friede, den abzuschließen die schwere Aufgabe dieser Regierung ist, soll keine hohe Ermattungsphase in einem ewigen Kriegszustand der Völker sein, er soll die mehr das harmonische Zusammenleben aller Völker auf dem Boden einer Weltverfassung begründen, die allen Völkern gleiche Rechte verleiht. In diesem Sinne ist das Programm des Präsidenten Wilson von uns aus innerer Ueberzeugung angenommen worden. Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht nach fürstlichen Kämpfen errungen, wie sollte es anders als freudig dem Grundgesetz huldigen, daß Völker und Volksteile nicht wie Bauern auf dem Schachbrett verschoben werden dürfen. Wer es darf auch keine neue Sklaverei aufgerichtet werden; das deutsche Land soll und wird das Vaterland aller sein, die Deutsche sein und bleiben wollen, kein seiner Glieder soll in Schmach und Not verfallen. Die restlose Erreichung aller Bestrebungsziele im Osten hat und wärlich alles andere als Glück gebracht. Ein niedergedrückt, hungerndes Deutschland wäre in die ganze Welt ein Unheil und eine Gefahr. Wir fühlen die Kraft in uns, der Welt mehr zu geben, als man uns gekonnt hat, wenn man uns die Arme frei läßt zum Schaffen. Waren zur Zeit der militärischen Erfolge Deutschlands unsere Alldeutschen eine Gefahr für die Welt, so sind es die Alldeutschen des Auslandes jetzt. Diese Machtpolitiker können und wollen, wenn sie die Entscheidung maßgebend beeinflussen können, zum Frieden zwingen, aber sie werden niemals 70 Millionen Menschen zwingen können, einen solchen Frieden im Inneren ihres Herzens als ehrlich und gerecht anzuerkennen. Sie werden nie imstande sein, einen wahren Friedenswillen der Völker zu begründen, der auf dem freien Willen der gemeinsamen Ueberzeugung ruht. (Beifälliger allseitiger Beifall und Zustimmung.) In diesem Zusammenhang möchte ich ein Wort richten an alle gerecht und menschlich Denkenden auf dem ganzen Erdenrund: daß sie und unterstützen mögen in der Forderung, die wir in unserem Programm bereits formuliert haben, daß endlich die deutschen Kriegsgefangenen die Möglichkeit der Heimkehr zu ihren Familien gegeben werden möchte. (Stürmischer Beifall und Zustimmung; Zurufe bei den Knaben. Sozialisten: Schiden Sie doch die Knaben zurück!) Wir sind doch hier im Deutschen Reichstag und nicht im schiffigen. (Stürmischer Beifall und Zustimmung.) Zudem wir unsere Väter, die jahrelang von ihren Familien, von ihren Frauen und Kindern und Geschwister getrennt gewesen sind, die herzlichsten Grüße senden, verbinden wir damit den Wunsch, daß uns alle Neutralen, die sich ein Gefühl der Menschlichkeit bewahrt haben, in dieser Forderung unterstützen.

Die alte Welt nur in veränderter Form wieder aufstehen wollen, das sind die gefährlichsten Gegenrevolutionäre, und ihnen stellen wir das Prinzip der deutschen Revolution entgegen, die eine neue Welt schaffen will innen und außen. (Beifall b. d. Sog.) In diesem Sinne rufen wir als Helfer und Bundesgenossen alle Weltgenossen der ganzen Erde auf, mit denen wir freudig und ehrlich zusammenzuarbeiten gewillt sind, denen wir auch unsere Verehrung erklären, jedes Opfer zu bringen, daß die Verwirklichung dieser großen Idee von uns und fordert. Einzelnen aber wollen wir unverzagt an unserm eignen Haupte bauen, in dem Bewußtsein, daß alles, was auf deutscher Erde gut wird, auch der ganzen Welt zugute kommt. Die vorläufige Verfassung, die aus den Beschlüssen dieses Hauses hervorgeht, ist nur ein Gerüst für den Aufbau der endgültigen. Es ist unser aller Ehrgeiz, in dieser Verfassung ein Maß von Freiheit zu verwirklichen, wie es keine andere der Welt kennt. (Bravo!) In diesem Geiste wird auch das Heerwesen geordnet werden, es daß jedem einzelnen Angehörigen das Maß von Freiheit gewährt werden soll, das mit dem Zwecke des Ganzen vereinbar ist. (Bravo!) Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß sich nie wieder eine Organisation der bloßen Gewalt über die Organisation des Rechts erhebt. (Beifall b. d. Sog.) Es kann in Deutschland keiner anderen Soldaten mehr geben, als den Soldaten der Republik. Niemand anders wird die höchste Kommandogewalt haben als das Volk selbst durch seine verfassungsmäßige Vertretung. Den einzelnen steht seine Ueberzeugung vollkommen frei — die Arme als ganzes kann keine Politik treiben, weder sozialistische noch bolschewistische. (Beifall.)

Ein anderes, nicht leicht zu lösendes Problem liegt in dem Verhältnis des Reichsganges zu seinen einzelnen Teilen. Die Regierung hofft, in ernstem Zusammenarbeiten mit ihnen den idealen Grundlag zu verwirklichen, die Einheit und die Freiheit wie die unverbrüchliche Solidarität aller deutschen Stämme auf dem Boden der Republik in die Tat umzusetzen. Die Regierung ist sich auch dessen bewußt, daß Staatsverfassung, auch die vollkommensten, nur leere Formen sind die ihren Inhalt durch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände erhalten. — Beseitigung der Klassenunterschiede, das ist die große Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Ich will an dieser Stelle ein offenes Wort zu Ihnen sagen. Es würde sinnlos und unnützlich sein, die Tatsache verdunkeln zu wollen, daß innerhalb der neu gebildeten Regierung über das Ideal der künftigen Gesellschaftsordnung verschiedene Auffassungen herrschen. Die Volksabstimmung vom 10. Januar hat keiner dieser Auffassungen eine allein herrschende Stellung eingeräumt. Aber ich glaube sagen zu dürfen: kein Mitglied der Regierung verschließt sich der Erkenntnis, daß wir uns im Zuge einer Entwicklung befinden, die weder zurückgeschraubt werden kann, noch ohne die schwerste Gefahr für das ganze überleben werden kann. Auch die nichtsozialistischen Mitglieder der Regierung wissen, daß die sozialistischen nicht zu hören werden, Sozialisten zu sein und demgemäß nach ihrer sozialistischen Ueberzeugung zu handeln. (Bravo! bei den Sozialisten.) Nicht aber denken wir daran, auf unsere Kollegen oder auf diese Versammlung eine unzulässige, mit dem Geiste der Demokratie unvereinbare Person auszuüben. Die Nationalversammlung wird bleiben solange bis das Volk sie durch eine andere Vertretung ersetzt, die volle Herrin ihrer Entschlüsse. Wir aber wollen, solange wir das Vertrauen ihrer Mehrheit genießen, gemeinsam arbeiten im Dienste des Volkes, das durch seinen Spruch vom 10. Januar Gemeinamkeit der Arbeit von uns gefordert hat. Was uns zusammenführt, das war das harte Wort, die bittere Not. Wieder hat sich das Wort bewährt, daß die Not gute Kameradschaft bringt. Nun, deutsche Männer und deutsche Frauen, Vahn frei für alles was aus der Tiefe zum Licht strebt. Vahn frei für das drängende Neue dann werden wir es schaffen. (Beifälliger Beifall.)

Das Wort hat

Abgeordneter Groeber (Sentz.):

Unser oberster Richter bei unserm Handeln ist der Gedanke der Pflichterfüllung gegen Volk und Staat. Es sind nun schon mehr als 1 1/2 Monate, daß Deutschland um den Frieden

geben hat, daß es ein Vorgang, wie er in der ganzen Geschichte der Welt noch niemals vorgekommen ist, daß ein Volk um Frieden bittet und mehr als 4 1/2 Monate nicht einmal eine Antwort auf diese Bitte erhält. (Verhättnis zum Vorkrieg im ganzen Hause.) Wir müssen aufs schärfste gegen die Amerikandebestrebungen Frankreichs, namentlich im Saarrevier, uns wenden. Wir bekennen uns zu dem Grundsatze Wilsons über die Gebiete mit ungewisser politischer Bevölkerung. Über den deutschen Charakter von Danzig und Oberschlesien kann doch wahrhaftig nicht gestritten werden. Wir erheben Protest gegen den Plan, den Deutschen Kaiser vor ein ausländisches Gericht zu stellen. (Beifall rechts und im Zentrum.) Wir treten für einen Völkerbund ein. Ein solcher aber muß den Todeskeim in sich tragen, wenn und wenn schon angeordnet wird, daß unsere Kolonien nicht zurückgegeben werden sollen, und daß uns auch die Kreuzerwerbung von Kolonien verweigert werden soll. Ein Völkerbund kann nicht Bestand haben, wenn im voraus einzelne Mächte mit gewissen Gebietsveränderungen zu vollziehen suchen. Das gilt von Elsaß-Lothringen und von dem Versehen der Polen. Das Versehen der Polen ist um so verwerflicher, weil gleichzeitig ein anderer Feind der gesamten Kulturwelt gegen uns auftritt, der Völkermord in Asien. Gegen beide Feinde muß sich das deutsche Volk zur Wehr setzen, und es braucht deshalb keine Volkswache. Nur Vermehrung unserer Armee hat wesentlich das Beibehalten der Soldatenräte beigetragen. Das ist kein Glück für uns geworden. (Sehr richtig rechts und im Zentrum.) Ich erkenne an, daß sie als Vertrauensschwäche gutem gewirkt haben, und in diesem Umfang sollen sie auch beibehalten werden. Aber vermehren müssen wir die politische Tätigkeit der Soldatenräte, für die sie weder vorbereitet noch organisiert sind. Soldatenräte sind im Grunde genommen mit dem demokratischen Prinzip unvereinbar, da sie sich einseitig aus einer Partei zusammensetzen, und eine demokratische Regierung kann unmöglich eine solche Beschränkung dulden, die nach ihrem Belieben alle behördlichen Maßnahmen ihrer Reichsverwaltung und Kontrolle unterstellt. Von den großen Kosten, von den maßlosen Gehaltsbegehren, die da vorgekommen sein sollen, will ich gar nicht einmal reden; bei der Maxime sollen gewisse Soldatenräte monatlich 5000 M. erhalten haben. (Lärm links und rechts.) Die Sorge für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsschädigten muß für uns auch unter den schlimmsten finanziellen Verhältnissen eine Ehrenpflicht sein und bleiben. (Beifall.) In den Grundrechten des Volkes gehören nach dem eben entwickelten Arbeitsprogramm auch die Gewissensfreiheit und die Freiheit der Religionsübung nicht nur der persönlichen, sondern auch der gesellschaftlichen. Nur diesem großen Grundsatze wollen wir uns für die Befreiung des deutschen Volkes setzen. Die Regelung der Einzelbeziehungen zwischen Staat und Kirche muß Sache der Einzelstaaten sein, nur daß sie auf dem Boden der Freiheit, nicht der Untertänigkeit zu erfolgen hat. In einzelnen Landesstellen und von einzelnen Landesregierungen sind auf diesem Gebiete wie auf dem Gebiet des Schulwesens Maßnahmen und Änderungen vorgenommen oder doch angedacht worden, die dem historischen Gewordenen wie dem Volksempfinden durchaus widersprechen. Man soll jeden nach seiner Position Wort suchen lassen. Niemand hat sich zu einzumischen, (Zustimmung.) Es ist doch ganz gut, wenn vom Reiche aus ein kritischer Wind in die muffigen Räume hineinweht. (Beifall rechts und im Zentrum.) Wenn alle diese Ziele erreicht werden sollen, so braucht das Volk Brot und Freiheit, das aber aber Brot, Brot und nochmals Brot. Denn es ist vielfach die Folge der langen Unterernährung, wenn jetzt nicht so gearbeitet werden kann, wie es notwendig wäre. Die jetzige Regierung hat ihre Macht nicht von dem Recht und Willen einer einzelnen Partei, sondern von dem gesamten deutschen Volke. Meine politischen Freunde im ganzen Reiche erkennen sie als rechtmäßig an. Man darf nicht, wie es am ersten Tage hier geschah, in den Unterschied zwischen dem, was die früheren Machthaber sich auf göttliche Berufung stützten, während die neue Regierung vom Volke erwählt sei. Nach unserer Meinung ist jede Obrigkeit von Gottes Gnaden, ganz gleich, ob sie monarchisch oder republikanisch ist. (Beifall im Zentrum.)

Durch unseren Beitritt wird auch die Politik der Regierung beeinflusst. Das Arbeitsprogramm der Regierung ist ein Konstitutionsprogramm, nicht ein sozialistisches. (Sehr wahr!) Bei den U. S. V. Man wird auch künftig nicht mehr von einer sozialistischen Regierung sprechen dürfen. Trotzdem mißbilligen wir die Revolution, weil sie eine gewaltsame Unterbrechung der heiligen demokratischen Fortentwicklung und damit eine Verführung der Demokratie selbst war. Die Regierung des Dritten Reichs hätte uns alle wichtigen demokratischen Errundungen gebracht, auf denen wir sitzen und arbeiten können. Statt dessen kam die Revolution vom 9. November, die ein Unglück war für das deutsche Volk. Meine politischen Freunde stellen sich nach allem, was geschah, auf den Boden der vollständigen Tatsachen und ziehen daraus die Konsequenzen. Wir tun das, weil wir in der demokratischen Republik die einzige

Möglichkeit erblicken, aus dem Chaos der Revolution herauszukommen in geordnete rechtmäßige Zustände, und das ist für uns die Hauptfrage. Wir wollen die demokratische Republik, aber keine sozialistische; wir wollen die demokratische Republik auf föderaliter Grundlage, entsprechend dem bisherigen Charakter des Deutschen Reiches und seiner ganzen Völkergeschichte. Wir wollen die Demokratie, die die Freiheit des Volkes zum Ziel hat und die die Erfüllung der Pflichten zum Zweck hat. (Beifall im Zentrum.)

Herr D. Rohmann (Deut.): Dieser Tag für die Volkvertretung sein kann, bestimmte Mehrheitsgruppenbildungen zu bilden. Eine rein bürgerliche Mehrheit würde diese Revolution nicht bezwingen können, denn gerade diese Zusammenfassung würde alle Sozialisten zu einer gemeinsamen Opposition formieren und den ordnungsmäßigen Gang der Geschäfte nicht gewährleisten. Dem Ausland gegenüber würde diese Mehrheit der Rechte als eine Garantie für einen künftigen Rechtsfrieden in keiner Weise erscheinen. (Sehr richtig!) Es bleibt nur die soziale in diesem Hause vorhandene Mehrheitsmöglichkeit übrig, die Zusammenfassung der Mehrheitssozialdemokratie mit den demokratisch-föderalistischen Gruppen. Diese Gruppen können sich leicht vereinen auf die Gebiete der durchgeführten und erstatten Demokratie. Gewisse Schwierigkeiten bleiben. Jede der drei Parteien hat ihren eigenen historischen Charakter und auch in der Regierung bleiben die Vertreter der Parteien ihrer Partei angehörig. Wenn wir jetzt die Republik aufrufen wollen, so darf nicht übersehen werden, daß alle Republiken, wenn sie betragen, sehr schwierige Apparate sind. Vor uns liegen ganz hohe Schwierigkeiten. Dezentralisation, Zentralisation, Bundesstaaten, Parteiführer, gewisse Reich und Geb. Wir sind kein einheitlich ideologisch geführtes Volk. Ein einheitliches republikanisches deutsches Volk zu machen, das ist die Aufgabe, wozu wir hierher geschickt worden sind.

Wie stehen wir in einer Welt, wo der politische Typ von Amerika aussieht. Wie 1815 von Osten mit dem Kaiser Alexander von Rußland die heilige Allianz kam, so kommt jetzt ein besserer Alexander, Wilson, vom Westen mit seiner heiligen Allianz der Völkerbünde. Wir brauchen die Einigung der heiligen Allianz der Völkerbünde. In der Welt besteht jetzt die große Gefahr vom Sozialismus des deutschen Volkes. Nein, wir alle wollen endlich den Frieden, aber wir wollen auf deutschem Boden nicht von Fremden aufgetrieben werden. Wenn in dieser vorliegenden Lage die drängen nicht anders zu lösen wissen, als durch ein nicht, was es weiter freisetzen, so kommen einem doch diese Zweifel an der Wohlwollendheit der großen Weltmächten in der Zivilisation. Wenn Deutschland von der Welt in der Mitte Europas von dem Druck, von allen Seiten erdrückt zu werden, befreit wird, kann es fröhlich aufnehmen, und wird, das bisher so viel geachtete Band des Völkerbundes sein. Ist dem aber so, so müssen wir verlangen, daß auch die andere Welt, die Welt der Sieger, das Gefühl der Integrität der Menschheit, der Robuste und gesunde Geist und das kann man nicht leicht genug ausdrücken: das, was uns jetzt erreicht und gibt, ist, daß wir jetzt unserer Niederlage die übrige Welt von einer Seite lernen lernen, die unerbittlich ist.

Die Besprechung wird morgen fortgesetzt.

Internationale Frauenkonferenz.

Bern, 19. Februar. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) Die internationale Frauenkonferenz in Bern behandelte in ihrer zweiten Sitzung die Wiederherstellung des Handels und Verkehrs. Frau Snowdon schilderte die Schrecken der Blockade und berichtete, daß in England unter den Frauenorganisationen Protestkundgebungen erhoben worden seien. Es seien von England aus an die deutschen Frauen 14 Millionen Gulden in Aussicht genommen. Es sei ein Gefühl der Enttäuschung abgegangen, die Blockade so rasch als möglich aufzuheben.

Über das Frauenstimmrecht wurde eine Resolution angenommen, die betont, daß die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann eine Garantie für den Frieden bedeute, da der Charakter des Mannes dem Kriege günstig sei, die Frau aber schon in ihrer natürlichen Anlage gegen jeden Krieg kämpfen müsse. Eine Einführung der Frau in die innere und außenpolitische Verwaltung könne allein nur für den zukünftigen Frieden unter den Nationen beitragen. Frau Schönmeyer referierte darauf über den Völkerbund und gab der Meinung Ausdruck, daß der künftige Völkerbund nur auf der rechtlichen Grundlage einer Völkerliga vor Kriegen bestehen könne. Ein Friedensbrecher müsse aus diesem Bunde ausgeschlossen werden, und man könne diesen empfindlich dadurch treffen, wenn er werde weder durch Post noch Telegraph oder irgendeine andere Art, Verbindung mit den ihn umgebenden Staaten unterhalten können.

Die Frauenkonferenz bedauerte weiter, daß bei den Verhandlungen und den Friedensverhandlungen keine Frauen hinzugezogen worden seien. Sie beschloß deshalb die Einsetzung einer Kommission nach Paris, die aus drei Abgeordneten bestehen soll — zwei Engländerinnen und einer Schweizerin. Diese Kommission wird nach Paris reisen und sich dort mit Clemenceau und Wilson am nächsten Freitag besprechen und den beiden Führern der Friedenskonferenz die Wünsche der Berner Frauenkonferenz unterbreiten.

Die Soldatenräte des Gardekorps

versammelten sich gestern im Sitzungssaal des Herrenhauses. Etwa 300 Delegierte waren anwesend. Der Chef des Generalkommandos war durch Hauptmann von Capelle vertreten. Der Chef des Generalkorps, Kapitän, und der Kommandant der Stadt Berlin, Hauptmann, die ebenfalls eingeladen waren, sind nicht erschienen.

Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht. 2. Einsetzung des Korpsrats. 3. Bericht über Reichstagswahl und Kongress der Korpsratsräte. 4. Wahl eines Mitgliedes zum Korpsratsrat. Zum ersten Punkt der Tagesordnung berichtete Hauptmann, daß bei in der vormaligen Versammlung der Soldatenräte des Gardekorps erwählte Korpsratsräte nicht arbeiten konnten, da das Generalkommando keine rechtmäßige Wahl anerkennete. Nach Ansicht des Generalkommandos hätte die Wahl nicht durch die Soldatenräte, sondern durch die Truppen selbst erfolgen müssen. Darüber entspann sich eine Stundenlange Debatte, in der unter anderem Hauptmann von Capelle erklärte, daß der kommandierende General nichts gegen den neuen Korpsratsrat persönlich einzuwenden habe. Er sei bereit, mit jedem Soldatenrat, dessen Wahl in unanfechtbarer Weise erfolgt sei, zusammenzuarbeiten. Schließlich wurde folgende von Albrecht eingebrachte Resolution, die auch von Capelle beipflichtete, einstimmig angenommen:

Die am 18. Februar 1919 stattfindende Versammlung der Soldatenräte des Gardekorps nimmt Kenntnis davon, daß der am 9. Februar 1919 gewählte Korpsratsrat vom Stabe des Generalkommandos nicht anerkannt wird.

Die Versammelten stellen sich erneut auf den Standpunkt, daß die Wahl des Korpsratsrates nur in einer Versammlung aller U. S. V. des G. K. vorgenommen werden kann und erwarten, daß das Generalkommando seine die Wahl betreffenden Verfügungen zurückzieht und sofort gemeinsam mit dem am 9. Februar 1919 gewählten U. S. V. eine in jeder Beziehung zur Wahl eines ordnungsmäßigen U. S. V. befugte Vollversammlung der U. S. V. des G. K. einberuft. Nach Annahme der Resolution wurde die Erhebung der übrigen Punkte der Tagesordnung auf die neuinuberufende Vollversammlung vertagt. Außerdem wurde nach beendeter, eine besondere Versammlung, die zur Wahl von Delegierten der Kriegsgeschiede Stellung nehmen soll, abgehalten.

Aus der Partei.

Einigungsbestrebungen in Kassel. Der Vorstand der U. S. V. Ostkreis Kassel, hatte den Reichssozialisten den Vorschlag gemacht, bei den Stadtverordnetenwahlen zusammenzugehen. Eine Kommission sollte die Bedingungen für das Zusammenarbeiten bei der Wahl besprechen. Die Reichssozialisten wollten das gemeinsame Vorgehen von der Verschmelzung abhängig machen. Das wurde von der Partei der U. S. V. als Treubruch gegenüber ihrer Organisation bezeichnet. Die Kommission einigte sich schließlich dahin, prinzipiell für eine Wiedervereinigung beider Parteien zu wirken. Die Kandidaten beider Parteien sollten sich in Stadtverordnetenversammlung und in einer einheitlichen Abstimmung bereit erklären. In einer Mitgliederversammlung der U. S. V. wurde der Vorschlag abgelehnt und die Bedingungen der U. S. V. als nicht vereinbar mit den Grundsätzen der U. S. V. bezeichnet. Die Kasserer Genossen verpflichteten sich aber, nichts unversucht zu lassen, um die Wiedervereinigung des gesamten Proletariats zu fördern, natürlich nur auf der Grundlage einer wirklich sozialistischen Programms.

Gemeinsames Vorgehen. In Gießen wurde in einer frühmorgens verlaufenen Einigungsversammlung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Forderung einer Einigung der sozialistischen Gruppen als erforderlich bezeichnet. Nach langen Auseinandersetzungen wurde ein geschlossenes Vorgehen der Reichssozialisten und der Unabhängigen bei den Stadtverordnetenwahlen auf der Grundlage vereinbart, daß jede Gruppe die Hälfte der Kandidaten stellt. Im übrigen sollen beide Gruppen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft auf Grund des Erfurter Programms zusammenschließen.

Das parlamentarische Schauspiel im Weimarer National-Theater.

Von Rudolf Leonhard.

Man kann noch so sehr Dogmatiker des historischen Materialismus sein und das Antagonistische jedes — nur aus seinem eigenen Willen zu erklärenden — historischen Vorganges betonen; die Ueberzeugung von den Zusammenhängen der Revolutionen, von der Kontinuität des revolutionären Geschehens ist notwendig so stark, daß der allgemeine Vergleich der deutschen konstituierenden Nationalversammlung mit dem Parlament der großen französischen Revolution nicht daneben ist. Daß er in einer katastrophalen Weise zu ungunsten der Weimarer Versammlung ausschlägt, ist nur eine notwendige Folge des Ergebnisses, das der Vergleich beider Revolutionen überhaupt haben muß. Das Neue Wiener Tagesblatt" glücklicherweise eben das Wort aus dem Kontext des wahrhaften und ernsthaften Revolutionärs Georg Büchner: „Die Revolution muß aufhören, die Republik muß anfangen.“ Nun, was es mit der Republik steht, werden wir bald sehen; die Wahl des Reichspräsidenten wird unsere Ähnungen bekräftigen und die sogenannte Republik konstituieren; die Republik im Sinne der französischen Bourgeoisrepublik, die wir und das Ausland erwarten — von der deutschen sozialistischen Republik heißt es ja bisher nichts als der Grundstempel. Und von der Revolution, das sollte täglich wiederholt werden, besteht überhaupt noch nichts. Das Büchner-Wort der Wiener Zeitung war unerschrocken. Die Revolution muß nicht aufhören, sie darf nicht aufhören, sie kann nicht aufhören, denn sie hat noch nicht begonnen. Und es ist kein Wunder, daß die Nationalversammlung wahrhaftig nicht als revolutionärer Konvent, der dem Vorwurf der Usurpation bloß mit der Permutation aufs Rotenrecht begegnen kann, sondern als Fortsetzung des Reichstages erscheint. In einer Zeit, in der die legislative Form des bürgerlich-liberalen Staates, der Parlamentarismus (schlimm genug, daß Deutschland ihn nicht zur rechten Zeit verwerflich hat), bereits reichlich fragwürdig geworden ist, hat die Körperlichkeit, in der die deutsche Revolution kulminieren und endgültig werden sollte, nichts Besseres zu tun, als möglichst parlamentarisch zu erscheinen; schamlos, geschäftsmäßig, unpolitisch und ohne Bedeutung. Aus Burch hat dem jüdischen Kathoden die hohlen mittelständischen Gerüche vielerlei, verweht man aus

alle! Aber gab es je eine Revolution ohne Kathoden? Gab es neuen Geist ohne Größe? Empfindung und schöpferische Kraft ohne Leidenschaft?

Hier aber — das hätten die Gesammelten selbst — ist nicht Größe und nicht Leidenschaft; denn hier ist keine Revolution und keine Nationalversammlung, hier ist eine Versammlung von Unbedeutenden — und sie werden nicht bedeutend, wenn sie nach vorher besprochenem Plan miteinander sprechen. Die Zwischenrufe der Deutschnationalen, an denen nur zu erkennen war, daß die parlamentarische Methode mit normalem Reizung läuft, waren typisch; aber was etwas Ehrlich Rede bedeutend, war sie — und sei es durch Schlichtheit — der vorgegebenen Würde des Augenblicks gemäß? Wer aus München oder Schluß aus Hinterpropheten der Wähler aus Meinungen hätten natürlich dieselbe Rede halten können, und es wäre dieselbe Überläufe zur selben sozialistischen Republik gewesen.

Wie wirken doch sonst die heutigen Worte Manufakts dennoch terlich und herbstlich! Aber vor wem wird dieses Schauspiel im Nationaltheater, dieses Grammoschmaß, eigentlich aufgeführt? Die Mitwirkenden kennen einander doch, es sind ja nicht umsonst fast 150 Mitglieder der alten Parliaments dabei (denn die schwerste Schuld an Unheil der letzten Jahre obliegt: sie haben sich wissenschaftlich betrauen lassen, sie hatten alle Macht und haben alles gebildet, was man will, was man will und erhandelt, was man bekommt, Neben, deren Inhalt Berliner Zeitungen vorher drucken, Wahlen, deren Ergebnis man vorher kennt, Abmachungen, die jenseits und diesseits der Türe niemand überraschen — das ist der Inhalt der ersten Tage. Was kommt nach, und was werden die Folgen sein?

Einen Stolz kübeln man zu haben, man beherrscht die parlamentarische Taktik, und der politische Mechanismus spielt, aber Einzelne können sich — wie letzter Mehrheitssozialist, der zu einem andern am Abend vor der Eröffnung sagte, einen solchen Zustand habe er noch nicht erlebt, und das sei der Ruin des Sozialismus. Und fast schauerlich ist die Sophistik eines Berliner Journalisten, der am Abend vor dem Eröffnungstage eines seiner Freunde warnte, sich ernst zu nehmen; wie könne man sich nur so ernst nehmen — dieser Stillschanden aus Verpostenheit, nicht aus Verweigerung, dieses unheilvolle Mangel an Verbot sind die Todesgrößen eines verfallenen, langsam noch immer sterbenden Geschlechts. Väterlich, wer

sich ernst nimmt, ohne daß andre, Intellektuelle, es tun; Schupfisch, wer so tut, als ob es sich ernst nähme, ohne es zu tun. Aber wer in dieser Zeit zwischen den Zeilen es proklamiert, ist nicht ernst nehmen zu wollen, der schreit vielmehr in den Hinterhof der Nationalversammlung dieses Bürgeriums, aber dann werden ernste, reifere, reinere Zeiten noch weniger ernst nehmen — denn sie werden nicht einmal seine Selbstironie ernst nehmen. Oh sie die Nationalversammlung ernst nehmen werden, das wird vor allem sie selbst zu entscheiden haben, warten wir es also ab. Die Geschäftsmäßigkeiten und Formalitäten werden dabei erledigt sein, die Debatten können — warten wir ab, ob dann ein Kampf der Geister Geist ansieht. Die Unabhängigen Sozialdemokraten werden wachsen sein — sie, das revolutionäre Bewußtsein, übersteigt das Bewußtsein dieser Nationalversammlung.

Kräftebildung.

Zur Innenseite der Schulreform.

Neben dem einheitlich-organisatorischen Aufbau des gesamten Schulwesens spielt die Frage nach dem Geist, der in dem neuen Schulgebäude herrschen soll, eine wichtige Rolle. Die Bewegung der Schulreform hat die Forderung formuliert, daß die Volksschule eine Arbeitsschule werden muß, daß eine Umwälzung aller bisher gültigen dogmatischen Lehren notwendig ist, daß die neue Schule produktive Kräfte erziehen und entwickeln soll.

Die jetzige Schule ist dadurch so sehr in Rückstand mit den Anforderungen der Zeit geraten, weil sie den Entfaltungsgedanken, der seit Heribos Tagen unsere Weltanschauung beherrscht, völlig unberücksichtigt ließ. In ihm gradezu feindlich gegenüberstand, Scholastikale Gelehrsamkeit sah in den Kindern ferne Gefährde, in die sie die Fäden der Welt in wohlgeordneten Reihen hineinschob. Sie machte nicht das Kind und seine Umwelt zum Ausgangspunkt ihrer erzieherischen Maßnahmen, sondern sah sich von außerhalb ihrer wirklichen Interessen liegenden Motiven bestimmen und erzog einseitige Bewußtseinsformen, geistige Untertanen und brauchbare Arbeitstiere. Sie begründete den Fortschritt zu einem auf insatiable Leistungen vordrängenden Treiber, wo es ein pflanzenartiger Wächter, ein Verleiher von Klammern sein, ein Verleiher von falschen Ansichten

Die Maste fällt.

Das Bürgerium heischt große Unzufriedenheit. Die letzten Kreise, denen der Tag der Nationalwahlen nicht früh genug gelangt werden konnte, sind mit der Verordnung der preussischen Regierung, daß die Gemeindevahlen nach demselben Wahlrecht wie bei der Nationalwahl bis zum 2. März vollzogen sein müssen, ganz und gar nicht einverstanden. Sie hatten es sich so schon gedacht, daß die wichtigste Domäne ihrer Herrschaft noch längere Zeit unangetastet bleiben werde. Sie hofften, die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung werde das Wahlrecht zur Gemeinde nach ihren Wünschen gestalten und besonders durch eine Inaffigabilitätsklausel, sowie durch Festsetzung eines höheren Wahlalters, eine zu weitgehende Radikalisierung der Gemeindevahlen zu vermeiden suchen. Diefelben Herrschaften, die vor der Nationalwahl mit riesigem Eifer, aber wenig Ueberzeugungskraft betonten, alle demokratischen Errungenschaften der Revolution schützen zu wollen, sind jetzt entzweit, daß die preussische Regierung dieses Versprechen auch wahr gemacht hat, ohne sie zu fragen.

Das Bürgerium hat deshalb seine demokratische Maste schneller als beabsichtigt fallengelassen. Die Stadtverwaltungen waren bisher die festesten Stützen seiner Herrschaft. Durch sie erreichten die Bürgerlichen den Schutz ihres Geldbeutels und ihrer Herrschaftsinteressen. Das demokratische Wahlrecht aber bringt ihre bisherige Interessenpolitik in Gefahr. Das seit über einem halben Jahrhundert bestehende Hausbesitzerprivileg, sowie die Einweisung der Wähler in drei nach dem Einkommen abgestufte Klassen hatte ihnen Schutz vor Angriffen auf ihren Geldbeutel gewährt. Jetzt haben sie das Ende dieser Vorrechte in drohender Nähe gerückt.

Ein volles Jahrhundert haben die Gemeinden getreulich die Klasseninteressen der Besitzenden gewahrt. Das Klassenwahlrecht und die Ungerechtigkeit, nur dem Selbstinteresse der Besitzenden entsprechende Bevorzugung des Hausbesitzes hatte verhindert, daß Vertreter der Arbeiter in irgendwelcher nennenswerter Zahl in die Gemeindeparslamente gewählt wurden. So konnte denn entgegen dem Interesse der großen Masse der Bevölkerung, jahrzehntelang eine Politik betrieben werden, die die stärkste Bevorzugung des Geldbeutels darstellt. Die Mehrheit in den Gemeindefunktionen, unterstützt von einem ebenfalls nur aus Vertretern der Besitzenden gebildeten Magistrat, sorgte dafür, daß alles geschah, was das Interesse des Geldbeutels und der Hausagrarier förderte. Nirgends ist das Interesse der Allgemeinheit ausschlaggebend gewesen. Überall haben, wo die Allgemeininteressen mit den Interessen der Besitzenden in Konflikt gerieten, die letzteren gesiegt.

Nun soll das durch die demokratische Zusammenfassung der Gemeinden anders werden. Mit Bangen sehen die Hausagrarier und die sonstigen Interessenvertreter dieser Entwicklung entgegen. Sie merken, daß nun ihrem Geldbeutel Gefahr droht. Haben sie bisher alle Vorteile ihres beherrschenden Einflusses in der Gemeinde voll ausgenutzt, so soll jetzt das Interesse der Mehrheit der Bevölkerung entscheidend sein. Das wird sich sowohl in der Finanz- und Steuerpolitik der Gemeinden, als auch bei der Besetzung der Ämter und Stellen, und besonders bei der Gestaltung des Wohn- und Bodennutzungs zeigen. Auf diesem Gebiet haben bisher die unangenehmsten Interessen zahlenmäßig geringfügiger Schichten der Bevölkerung gesiegt.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Hausbesitzer jetzt alles daran setzen, um ihren Einfluß in der Gemeinde zu erhalten. Besonders in Groß-Berlin, wo der berühmte „Kommunalfreier“ jahrzehntelang ausschlaggebend war, tritt dieses Bestreben zutage. In vielen Groß-Berliner Gemeinden haben sich die Demokraten mit den reaktionären Parteien auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt.

Nicht weniger bezeichnend für den reaktionären Geist der Demokratischen Partei sind die Vorgänge bei der Aufstellung der Kandidatenlisten für die Stadt Berlin. Hier haben es die Hausbesitzer verstanden, alle bisherigen Stadtverordneten, die sich nicht ohne weiteres zu Klauen der

Hausbesitzer herabwürdigen lassen wollten, so weit unten auf die Liste zu setzen, daß sie keine Aussicht haben, gewählt zu werden. Den Führer der bürgerlichen Linken, Dr. Nathan, hat man an die 66. Stelle gesetzt. Alle diese Vorgänge haben die Enttäuschung der liberalen Zeitungen erweckt. In einem Artikel des „Berliner Tageblatt“, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, heißt es:

„Um so bedauerlicher muß es erscheinen, daß die demokratische Liste von der neuen Zeit kaum einen Hauch verspüren läßt. Bis auf ganz wenige Ausnahmen sind an die Stelle der liberalen, die für die Wahl ernstlich in Betracht kommen, nur solche Persönlichkeiten gestellt worden, die entweder bisher als typische Vertreter des Berliner Kommunalfreierums angesehen worden mußten, oder die geradezu das Hausagrarierium in Reinkultur darstellten. So, man wird im einzelnen Falle die Frage aufwerfen müssen, ob ein ausschließlicher Kandidat auch nur Gewählter dafür bietet, daß er antipolitischen Regungen unzugänglich sei.“

Auch die „Bosliche Zeitung“ hat gegen diese Art von „Demokratie“ ihre Stellung genommen.

Unter dem Druck der allgemeinen Mißstimmung, die sich gegen diese traurige Interessenpolitik bemerkbar gemacht hat, hat man nun eine kleine Ergänzung der Liste vorgenommen, aber nur, um die Woffen zu täuschen. Denn wie selbst die „Bosliche Zeitung“ zugibt, besteht sich diese Veränderung der Liste „auf nicht viel mehr als das Aushängeschild — an ihrem Geiße hat sich nichts geändert“. Wenn jetzt auch Raumann an die Spitze der Liste gestellt worden ist, und eine Vertreterin der Frauen an die zweite Stelle, so ändert das kaum etwas an der Tatsache, daß auch jetzt noch die von den Demokraten präsentierte Kandidatenliste an antipolitischen Stellen fast nur Leute enthält, die entweder mächtigste Interessenvertreter der Hausbesitzer sind, oder doch sehr, sehr weitgehendes Verständnis für die Wünsche der Hausbesitzer haben werden.

Der Kampf um die künftige Besetzung der Stadtverordnetenversammlung ist aber nicht ein Kampf um Personen. Die Gemeinden haben in der nächsten Zeit unangenehm große und bedeutungsvolle Aufgaben zu erfüllen. Die von den Demokraten veröffentlichten „Mißlinien für Gemeindevahlen“ lassen deutlich erkennen, daß nicht nur einzelne Personen, sondern auch die demokratische Partei im alten Jahresschleife des Berliner Kommunalfreierums festzuhalten will. Ihr Programm enthält zu keiner Frage eine klare und entscheidende Stellungnahme. Im Gegenteil, wo das Programm deutlich wird, da spricht es sich zugunsten der Hausbesitzer aus. „Die Lage des Hausbesitzes ist... auch durch eigene Maßnahmen der Gemeinden zu fördern.“ Der deshalb am 23. Februar verbindend will, daß auch die neu zu wählenden Stadtverordneten sich während der den Hausbesitzer der Besitzenden stellen, der wähle die Kandidaten der unabhängigen Sozialdemokratie.

Groß-Berlin.

Wir protestieren!

Wie uns mitgeteilt wird, ist trotz wiederholter Hinweise die Ernährung der in den Januarhaftungen gefangen genommenen Revolutionäre in der Strafanstalt Tegel nach wie vor völlig ungenügend. Trotzdem die Gefangenen seitens ihrer Angehörigen teilweise noch Geware — soweit diese vom Munde abgehört werden können — in Empfang nehmen, sollen einige fürverlich so heruntergekommen sein, daß sie einem Kinde gleichen. Wir bemerken noch, daß es sich vorläufig noch um Untersuchungsgefangene handelt, deren Schuld erst erproben werden soll. Daher protestieren wir energisch dagegen, daß man diesen Gefangenen gegenüber die einfachsten Gesetze der Humanität mißachtet und verlangen schnellste Abänderung dieser schmachvollen Zustände.

Schleppte sie Stein um Stein der wissenschaftlichen Einzelwissenschaften herbei, leitete sie durch die Sprache zusammen und krönte das Ganze mit der stolzen Ueberschrift: Wissen ist Macht! Solches Wissen ist aber absolut keine Macht, weil es nicht erarbeitet, nicht aus eigenem Willen heraus gewachsen ist. Man nahm ja dem Kinde so ziemlich alles, was Arbeit ist, ab: Das Kind lernte Sprechen durch Nachsprechen, Denken, indem man ihm die Gedanken vorlegte. Man liebte am Ende, man memorierte, formulierte Merksätze, sah sie täglich und stündlich zusammen und lernte auswendig. Der Lehrer gab und forderte wieder vom Kind, und dieses hatte der Unnatur solchen Unterrichts gegenüber keine andere Waffe als seine Unaufmerksamkeit. Um ihn aber diese auszutreiben, da erland man jene harte Rucht, Disziplin genannt, die sich nur auf äußere Autorität stützen konnte. Darf man aber ein Pferd schlagen, wenn es nicht an einer Mauer in die Höhe springen will?

Der Lehrplan, bisher ein großes Schachtelsternchen von allem Möglichen, nur nicht von dem, was das Kind wissen will, er muß etwas Lebendiges sein, das ein Einzelwesen in die Kultur verführt. Bisher war er ein Beschneiden eigener Triebe und Neugierungen der Kinder, ein schrittweises Wängeln, jetzt soll es eine Entwicklung von Körperlichkeit ins Geistige werden. Während die alte Schule nicht frühzeitig genug Leistungen erwarten konnte, fordert die neue Schule als oberste Beherrschung die Geduld. Es wird nicht Unmögliches immer wieder gepaukt bis es sitzt, sondern still erwartet, beim einen wenig, beim zweiten lang, beim dritten sehr lang. Nicht die Gleichheit der Leistungen wird mehr zum Maßstab erhoben und Ungleichheit als Unfähigkeit getrandmarkt, nicht hat jeder mehr das Gleiche aus dem Gleichen zu lernen; nicht mehr wird dieses Gleiche in bestimmten Worten dargestellt werden, sondern es soll dargestellt werden, was bei jedem einzelnen gewachsen ist. Mit dem Grundsatze, daß der, der mit dem Wort am schnellsten fertig ist, das prae hat, muß endgültig gebrochen werden, denn wie oft haben gerade die tiefen und besinnlichen Naturen da und erzählt nichts von dem, was bei ihnen im Innern vorgibt. Sie durchließen das bisher auch nicht, weil das nach Meinung der Lehrer nicht zur Sache gehörte.

In der alten Schule ist wohl auch gearbeitet worden, und gar manchem mag die Arbeit herzlich sauer geworden sein. Aber wir verlangen eine Arbeit, die sich selbst ausübt und nicht andere, die nach Problemen sucht und Rätsel lösen will, ganz wie es der

Die Abfindung Schwerbeschädigter.

Die unter dem 1. Februar 1919 veröffentlichte Abfindung der Verordnung über Beschäftigung Schwerbeschädigter scheint noch nicht allgemein bekannt zu sein. Es sei daher hier auf ihren Inhalt nochmals hinzuweisen. Die lautet: Eine Abfindung nach § 1 darf frühestens zum 15. März 1919 erfolgen. Mit einem nicht nur vorübergehend beschäftigten Schwerbeschädigten seit dem 14. Januar 1919 zu einem früheren Zeitpunkt als dem 15. März 1919 befristet worden, so ist die Abfindung erst zum 15. März 1919 wirksam. In diesem Falle kann der etwa schon entlassene Schwerbeschädigte, wenn er nach Austritt dieser Verordnungsung die Beschäftigung bei dem bisherigen Arbeitgeber unverzüglich wieder annimmt, für die insofar die Abfindung nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein. Der Arbeitgeber kann eine aus Anlaß der Abfindung bewilligte Abfindung zurückfordern.

Die Butter wird noch teurer.

Die Fettstelle Groß-Berlin setzt ab 17. d. M. den Kleinverkaufspreis für Butter auf 7 Mark für das Pfund herauf. Entschuldigend wird diese Verteuerung mit dem Hinweis darauf, daß ausschließlich ausländische Butter zur Verteilung zugewiesen wird, da die Anlieferung inländischer Butter im Rückgang begriffen sei. Die Arbeiter und Angestellten fordern hohe Löhne. Sofort entsteht Gefahr darüber. Verlangen die ersteren dann Abbon der hohen Lebensmittelpreise, dann würden sie die Lohnforderungen einstellen, so verhält diese berechtigte Forderung ungehört. Statt dessen folgen noch weitere Preiserhöhungen für wichtige Lebensmittel.

Es ist deshalb gewiß interessant, darauf hinzuweisen, wie billig unsere Landsleute in den besetzten Gebieten leben. Aus Basel wird berichtet: Im besetzten Danauer Land haben die Franzosen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse festgesetzt, und zwar wird für ein Pfund Butter nur 1,20 Mark und für einen Liter Milch 10 Pf. bezahlt. — Dort können die Löhne natürlich bedeutend niedriger sein als bei uns.

Arbeiter- und Soldatenräte U. S. V. D.

Sonnabend, den 15. Februar, nachmittags 8 Uhr, findet im Plenarsitzungslokal des Herrenhauses eine Sitzung statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Fraktionsvorstand der U. S. V. D. Arbeiterräte und Soldatenräte. D. Malzahn. Petersdorf.

Erhöhung der Bestellgebühr für Pakete.

Infolge der außerordentlich starken Steigerung der Kosten des Postverkehrs und Postbeschlages hat sich die Anstaltsverwaltung die Genehmigung für die Erhöhung der Pakete bei allen Postanstalten zu erbitten. Vom 15. Februar ab werden höher folgende Gebühren erhoben werden: Im Ortsbestellbezirk bei den Postämtern 1. Klasse für Pakete bis 5 Kilogramm einschließlich 20 Pfennige, für schwerere Pakete 30 Pfennige; bei den übrigen Postanstalten (Postämtern 2. und 3. Klasse und Postagenturen) für Pakete bis 5 Kilogramm einschließlich 10 Pfennige, für schwerere Pakete 15 Pfennige. Im Fernbestellbezirk für Pakete bis 2½ Kilogramm einschließlich 15 Pfennige, für schwerere Pakete 20 Pfennige. Für die Einlieferung von Paketen werden erhoben: im Ortsbestellbezirk für jede Sendung ohne Rücksicht auf das Gewicht 10 Pfennige; im Fernbestellbezirk für Pakete bis 2½ Kilogramm einschließlich 10 Pfennige und für schwerere 20 Pfennige.

Erhöhter Wollverkauf in Neulöh. Die Stadtgemeinde hat es durch Abschluß eines Lieferungsvertrages mit dem Verein Berliner Wollindustrieller ermöglicht, daß den Neulöhner Einwohnern gute, neue Möbel preiswert zugänglich werden können. Die Möbel stehen in der Velleidungsstraße, Bereich 29, zur Verfügung aus. Die Preise der Möbel und auch die der Dekorationsstoffe können an Ort und Stelle erfragt werden. Ferner hat die Stadtgemeinde noch einen geringen Posten alter Möbelstücke, Teppiche, Schränke usw., die ebenfalls von der Velleidungsstraße an die Bevölkerung veräußert werden. Die Velleidungsstraße ist wochentäglich von 8 bis 3 Uhr, Sonnabends bis 2 Uhr geöffnet.

Herr Apotheker Bloch, Steinapotheke, Mittel und, zu unfreiem Besuche in Nr. 30 um Aufnahme folgender Zeilen: „Keine Apotheke war am fröhlichen Abend nicht geschlossen, sondern nur infolge des Elektrizitätsausfalls dunkel. Erste Hilfe und Verbandstoff ist an diesem Abend nicht verlangt worden, wurde

kräften sein sollte. Sie ließ den Ausgangspunkt aller Erziehung und allen Unterrichts, das Kind, außer acht, denn sie studierte nicht die Faktoren, die das Wachstum einer Kinderpflanze bedingen: die tausend Dinge der Jugend, des Lebens und des Alters. Sie sah im Kinde ein passives Medium, das sich mit den Produkten der Umwelt anfüllte. In der Ueberschätzung des Verstandes konnte sie beim Kinde nur die eine, die aufnehmende Seite und ließ die im Kinde nach außen wirkenden Seelenkräfte völlig unbeachtet.

Die neue Schule, die nicht eine Verstandeskultur, sondern eine Kultur des Verstandes betreibt, vertritt gleichzeitig die Forderung, daß neben dem Intellekt auch das Tun zu seinem Rechte kommt. Ihr ist das Arbeitsprodukt von untergeordneter Bedeutung. Als Hauptfache gilt ihr das aktive Mitschaffen des Kindes, die Gestaltung der Außenwelt so, daß sie aus freier Aufnahme der Umwelt entspringt, und neue, schöpferische Aktivität in sich trägt. Die Erziehung hat weiter nichts zu tun, als das Kind in lebendigen Verkehr mit der Umwelt zu bringen und dafür zu sorgen, daß alles, was das Kind äußert, auch von ihm erarbeitet ist.

Unser Begriff der Arbeit setzt den Begriff des Spieles in sich, nur daß die harte Biegsamkeit des Verstandes dem Spiel die Richtung weist. Aus diesem Grunde verschwindet für uns die Grenze zwischen vorwissenschaftlicher Spielzeit und erster Schularbeit, Spiel- und Arbeitsgemeinschaft gehen unmerklich zu einander über. Die neue Schule verleiht die Persönlichkeit des Kindes gegenüber einer Unterordnung desselben unter eine theoretisch als notwendig erachtete Welt, Staats- und Gesellschaftsordnung und behütet es vor ungezügelter Ueberempfindung durch systematisches und schrittweises Material unserer Kulturwelt. Das Kind soll in unsere Kultur arbeitend hineinwachsen, und einflußt von äußeren Anforderungen. Die alte Schule sah im Menschen ein fertiges, aus der Schöpferhand hervorgegangenes Gefäß, und kam nicht auf den Gedanken, daß das Kind ein organisch wachsendes Pflanzlein ist. Die massenhaften Tatsachen der Außenwelt, die die Wissenschaft durch ihre Systematik übersichtlich gemacht hat, trug sie in das Kind hinein, maßlos schenkte die Form vor dem Inhalt, setzte die Antwort vor das Problem. Sie schuf eine schöne Fassade, die aber nur notdürftig die innere Leere verdeckte. Auszubewachsenden verwehrte sie mit anstehendem Anwachsen eines menschlichen Bauplans. Wöhlan

Natur der Kinder entspricht; wir wollen das Erarbeiten; wir wollen das Unvollkommene steigern, daß es zum Vollkommenen werden will. Die alte Schule hat im Wissen das Material gesehen, das der Erwachsene für seine späteren Zwecke braucht, aber außer acht gelassen, daß das Kind eigene Zwecke und eigene Probleme hat. Sie wandte sich unerbittlich hart an das Gedächtnis, sie wollte mit der Sprachförderung die Verstandesentwicklung, die Verriß- und Urteilskraft fördern. Sie gab fertige Formen und überließ, daß der Inhalt sich eigene Formen schafft. Darum mußten ihre Resultate Scheinerfolge sein, die Kinderlöse, nach Herkulesher, blankgeputzten Kupferkessel ohne Inhalt gleichen. Die Arbeitsschule denkt nicht gering vom Wissen; aber sie erkennt nur ein Wissen, das die Spuren der Arbeit trägt.

Nicht das gedächtnismäßige Aufnehmen eines überlieferten Stoffes, sondern das Selbstsuchen und Selbstfinden ist das Lebenswende in jedem Lernen. Dadurch wird das Wissen Macht, das Wissen mit Können, die Theorie mit praktischer Fähigkeit, das Denken mit der Möglichkeit selbständigen Handelns sich paaren. Dann werden sie erhalten, was wir brauchen: Charaktere, gut und fest, Mannes und Frauen, die auf eigenen Füßen stehen, die ihr eigenes Urteil sich bilden und die ihren eigenen Weg finden. G. J.

Kunstkalender.

Der Rektor der deutschen Radikalkommission J. In Helmer ist Professor Theodor Dörmann, der Rektor der deutschen Radikalkommission und Mitglied der dortigen Kunstkommission, im 78. Lebensjahre gestorben.

Zum Verkauf der Sammlung James Simon. Die Nachricht eines vollständigen Verlustes der Berliner Sammlung James Simon sollte in Holland öffentlich verbreitet werden, bestätigt sich nicht. Als in wohl darauf zurückzuführen, daß zwei der wertvollsten Gemälde aus dem Besitz James Simons, „Der Brief“ von Jan Vermeer von Delft und das „Bildnis einer Dame“ von J. van Goyen, nach Holland zur Ansicht gebracht worden sind. Doch steht manigfaltig von dem Hals zu hoffen, daß er wieder nach Deutschland zurückkehren wird. Die anderen Gemälde dagegen, die von James Simon nicht dem Kaiser Friedrich-Museum geschenkt worden sind, werden in Deutschland freiwillig verkauft.

Die „Vereinigung junger Dramatiker“, die sich zum Ziel setzt, jungen, bescheidenen Autoren den Weg in die Öffentlichkeit zu bahnen, bringt als erstes Werk Wolfram von Eschenbachs dreihäufiges Schauspiel „Ilgonis“ am Donnerstag, den 20. Februar, in den Central-Theater-Theatern. Alte Johannisstraße 30/32, zur Darstellung.

aber in zahlreichen anderen Fällen bereitwillig und unentgeltlich gewährt. Die angeführte Aeußerung ist weder von mir noch von Seiten meines Personals gesfallen. Demgegenüber bleiben unsere Gewährleute bei ihrer Darstellung.

Die Beamten und Angestellten der staatlichen und städtischen Betriebe in Neudamm werden zu einer öffentlichen Versammlung am Freitag, den 14. Februar, abends 6 1/2 Uhr, in den Passionsfestsaal, Bergstraße 150, eingeladen. Tagesordnung: 1. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei und die Kommunalwahlen. Referent: Genosse Koble. 2. Freie Ausprägung.

Arbeiterwerkstatt Nord, Spandau, Freitag, den 14. Februar, 9 Uhr nachmittags, Betriebsversammlung in den Baronsälen, Müllerstraße 142.

Turnverein „Hütte“. Die Jahresversammlung des Vereins findet am Sonntag, den 16. Februar, vormittags 9 Uhr, in der Aula des Königl. städtischen Realgymnasiums, Eiskanalstr. 57/58, Hof links II, statt.

Arbeiterklub. Die durch den Krieg demoralisierte, in jedem Menschen mehr oder weniger vorhandene Spieltheilnahme soll wieder in vernünftige Bahnen geleitet werden. Das Schach, eine innige Vereinsarbeit von Kunst, Wissenschaft, Sport und Spiel, ist für den Arbeiter die schönste, edelste, geistreichste und billigste Unterhaltung, da das Schach in Arbeiterkreisen ohne Geldumtrieb geübt wird. Der Berliner Arbeiterklub ist das Sammelbecken aller Groß-Berliner Arbeiterklubmitglieder und solcher, die es erlernen möchten. Die Mitgliedschaft ist abhängig von der Ausübung einer sozialdemokratischen Partei oder einer freierwerblichen Organisation. Wir machen auf das heutige Inserat des Berliner Arbeiterklubs aufmerksam.

Interessenten werden auf eine im heutigen Inseratenteil angezeigte Versammlung der Berufsgruppe „Geistige Arbeiter“ des Zentralverbandes der Film- und Kinoangestellten Deutschlands aufmerksam gemacht.

Lebensmittelfaender.

Berlin. In den Volkskommissionen 1-2, 34, 40-49, 53, 54, 55-76, 80-82, 89-95, 179-181, 195, 200, 206, 210, 200-223, 225, 235, 240, 242-243 vom 17. Februar wird für jede abgegebene Marke 5 1/2 Kilogramm Heringe ausgegeben.

Aus den Organisationen.

Neudamm. Am 23. März d. J. findet die von unserem Ortswahlverein veranstaltete Jugendweiberversammlung in der Jugendweiberversammlung eine sehr rege Teilnahme aufweisen, so verpricht die diesjährige Arbeit auf Grund der bisher eingegangenen Anmeldungen eine besonders große Beteiligung. Weitere Anmeldungen werden entgegengenommen im Bureau des Ortsvereins Neudamm, Kaiserstr. 3. (Geschäftszeit vorm. 9-1, nachm. 3-7 Uhr.)

Berlin-Oberschöneweide. Freitag, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula des Realgymnasiums. T.O.: Die Sozialdemokratie in der Kommune. Referent: Genosse Ritter. — Der Jahlabend findet am nächsten Mittwoch, den 19. Februar, in den bekannten Lokalen statt.

Tempelhof. Die Eintrittskarten zu dem am Sonntag, den 15. d. M., stattfindenden Musikabend sind bereits vergriffen.

Freie Jugend Weibens. Am Sonntag, den 16. Februar, findet im Lokal von Rebel, Moritzstr. 12, eine Gedenksfeier für unsere gefallenen Jugendgenossen statt. Beginn 7 Uhr.

Versammlungen.

Niederhörsingeweide. Die letzte Mitgliedsversammlung beschloss sich mit den bevorstehenden Gemeindevahlen. Gen. Bensch erörterte über die bisherige Tätigkeit im hiesigen Gemeindeparlament Bericht. Er betonte, wie sich die Vertreter des Bürgerclubs auch nur dem geringsten Fortschritt widersetzen und ihre Machtstellung reiflos zur Unterdrückung der Arbeiter ausnützen. Ueber die Bedeutung der kommunalen Wahlen sprach Gen. Müller. Angesichts der Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit der Industriearbeiter sozialistisch ist, müsse dieser Wahlkampf ein freisch-freilicher Kampf werden. Nachdem man bis jetzt das Proletariat körperlich und geistig geknebelt habe, müsse es jetzt seine politische und ökonomische Macht benutzen, um die sozialistischen Ideen in die Tat umzusetzen. Die Aufstellung der Kandidaten ergab folgende Liste: 1. Paul Bensch, 2. Wilhelm Reimann, 3. Wilh. Labendorf, 4. Felix Müller, 5. Frau Radzweit, 6. Otto Müller, 7. Karl Müller, 8. Artur Schaller, 9. Karl Nigleit, 10. Robert Blochwitz, 11. Max Dehmel, 12. Julius Schorch, 13. Frau Försterling, 14. Emil Bohne, 15. Robert Arone, 16. Karl Bonasowski, 17. Karl Herrmann, 18. Kurt Kersten, 19. Robert Meister, 20. Max Hauptmann, 21. Hermann Schneider, 22. Max Gänisch, 23. Paul Schaffranik, 24. Ernst Langer. — An Stelle descheidenden Gen. Karl Rehsopf wurde Gen. Max Dehmel als Vorsitzender gewählt.

Die Arbeiterkassette der Rudw. Loewe u. Co. N.O. und der Typograph G. m. b. H., Dittenstraße, ist nun ebenfalls in die Dauer der Lage verlegt worden, auf unbestimmte Zeit feiern zu müssen. Auch hier soll der Kohlenmangel der einzige Grund dafür sein; so erklärt es die Direktion dem Arbeiterklub. In der Betriebsversammlung am 10. Februar d. J. wurde eine Resolution angenommen, die vorkläufig die Meinung der Arbeiterkassette besagt. Die Resolution lautet:

„Die Arbeiterkassette der Rudw. Loewe u. Co. N.O. und der Typograph G. m. b. H., Dittenstraße, gibt sich im Anschluß der Erklärungen des Arbeiterrates der Hoffnung hin, daß für die Stilllegung des Betriebes allein nur die Kohlenmangelfrage der Grund sei. Sie ersucht jedoch den Arbeiterrat, alles zu tun, um in Verbindung mit den zuständigen Behörden, dem Demobilisierungsamt, den Kohlenhändlern usw., darauf zu dringen, daß durch Lieferung von genügend Mengen Kohlen der Betrieb bald wieder aufgenommen werden kann. Die Arbeiterkassette ersucht auch die auftragerteilenden staatlichen Behörden, bei Verachtung von Auflagen in Werkzeugs- und Werkzeugmaschinen die beiden Firmen in erster Linie zu berücksichtigen. Bezüglich der Wiedereinstellung sollen alle, soweit sie nicht den Demobilisierungsanordnungen unterliegen, an ihre alten Arbeitsplätze gestellt werden. — Weiter erklären die Versammelten, wünschenswert, wie schwer die allgemeinen Zustände speziell in wirtschaftlicher Hinsicht liegen, daß es angebracht sei, nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Unternehmern die unbedingte Wohnung in Punkt Verrentung zuteil werden zu lassen. Die Arbeiter ersuchen auch um Einwirkung einer Enquete-Kommission in Koalitz.“

Ein Redner erwiderte auf Vorfragen bezüglich der Wiedereinstellung folgendes: Rücksicht auf Wiedereinstellung haben wir alle nicht. Jeder Arbeitslose bekäme auf dem Arbeitsnachweis eine Nummer, nach welcher Reihenfolge dann die Arbeiter eingestellt würden. Das würde dann heißen, daß der Betrieb mit betriebsfremden Arbeitern wieder beginnen müßte. Einer Darlegung über die Forderung der Kohlen, die in jeder Hinsicht nur zum Schaden der Gesamtheit ausfallen würde, bedarf es nicht.

Denkmal ist das Stilllegen eines sogenannten Arbeitbetriebes eine andere Sache als das eigentliche Aussehen wegen Kohlenmangels eines arbeitenden Betriebes.

Die Arbeiter und Angestellten des Kraftverkehrsamt Berlin wandten sich in einer Versammlung gegen die von Dr. Gallatin vom Reichsverkehrsamt geplante Gründung von Kraftverkehrsämtern im kommunalbetrieb. Die Kraftverkehrsämter, wie sie jetzt beständen, seien ihren Aufgaben auch unter den schwierigsten Verhältnissen bis jetzt voll und ganz gewachsen, aber die beabsichtigte Gründung der G. m. b. H. des Dr. Gallatin würde eine Förderung der Gegenrevolution und nur eine Unterfunkt für stillungslose Offiziere sein und die Arbeiterkassette ihrer Rechte berauben. Ein Redner, der soeben von einer Reise zurückgekehrt, gab der Versammlung bekannt, daß im Reich noch Tausende von Wagen umherhängen, die bisher von der Verkehrsbehörde nicht erfasst seien. Darum hätte Herr Dr. Gallatin Bistigeres zu tun, als sich mit der Gründung neuer G. m. b. H. zu beschäftigen. Fast einstimmig wurde dann eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, Dr. Gallatin seines Postens zu entheben, da er es nicht verstanden habe, sich das Vertrauen der Arbeiterkassette zu erwerben, sondern über deren Kopf hinweg die Gründung von Gesellschaften eingeleitet habe, durch deren ins-Leben-Treten der größte Teil der Angestellten und Arbeiter der jetzt bestehenden Kraftverkehrsämter brotlos gemacht werde.

Gute Bücher für den Ehestand

in mehr als 100 000 Familien verbreitet.

Der Mann

Werden, Sein und Vergehen von K. Kasperoff. Mit vier farbigen Tafeln und 276 Illustrationen. Preis gebunden 7,50 M., gebunden 10 M.

Mann und Weib

eine Gesamtdarstellung ihrer psychologischen, sittlichen und kulturhistorischen Beziehungen von Fr. Mertens. Preis gebunden 6 M., gebunden 8 M.

Das Geschlechtsleben des Weibes

von Frau Dr. Anna Fischer-Dückelmann. 20. Auflage mit vielen Illustrationen und einem zerlegbaren Modell des Frauenkörpers. Für die junge Frau, die Mutter unentbehrlich für jeden Mann besprechenswert. Preis gebunden 5 M., gebunden 6,50 M.

Prof. Kasperoff nennt das begeistert ausgenommene Buch

Die ungeschulte Frau

von Trupla Bogdanoff: Das Beste, das je über und für die Frau erschienen ist. Mit vielen Illustrationen der Frau in allen Lebenslagen. Preis gebunden 5 M., gebunden 6,50 M.

Wer über sich die Ehe gute Aufklärung haben will, der lese diese vorzüglichen Bücher. Männer und Frauen der Welt! Geben Sie Ihre Bücher an die Arbeiterkassette. Die Bücher sind einzeln oder zusammen zu beziehen durch Boyler & Co., Berlin W 9, Köthener Straße 27, Tel. 8.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bielow, Neudamm. — Verlag „Die Freiheit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbuckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

„Die Freiheit“ Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Bei täglich zweimaligem Erscheinen 2,50 Mf. frei Haus, durch die Post bezogen 2,50 Mf., zuzüglich V. stellgeld.

Spezifikationen befinden sich in Groß-Berlin:

Centrum:	Ost:	Kauoldorf:	Minickdorf/West:
Grünstr. 21: Neumann.	Münster, Sonnenmannstr. 31.	Scholz, Biesstr. 30.	Giamann, Schillingstr. 30.
Norden:	Mittag, Chausseestr. 80.	Lichtenberg:	Reinickendorf-Ost:
Altredner Str. 23: Max Vöttcher.	Charlottenburg:	Engel, Holteistr. 23.	Reichle, Amendstr. 78.
Soldiner Str. 34: Fritz Wilschke.	Ashafe, Kollern-Kunze-Str. 6.	Reisewitz, Taborstr. 25.	Koschke:
Schulstr. 60: Hübner.	H. Sternhiller, Köpenick-Str. 6b.	Schulze, Paul, Eitelstr. 30.	Belz, Germanenstr. 36.
Miedomstr. 18: Hendel.	Cswald Lorenz, Wallstr. 68.	Nichtenau b. Kaulsdorf:	Schneberg:
Reumstr. 14: Hennig.	Cöpenick:	Kreske, Waldstr. 28.	Buxert, Gustav-Müller-Str. 11.
Bornholmer Str. 56: Lachmann.	Janke, Kaulsdorfer Str. 2a.	Cohenhühnenhausen:	Schneide:
Rameraner Str. 5: Otto Koch.	Flanzenburg-Puchholz:	Kadde, Berliner Str. 63.	Lichtenberg:
Center Str. 25: Fritz Kowal.	Red, Straße 10, Nr. 4.	Lichtenrade:	Strigly:
Canianstr. 19: Cito Eider.	Diesdorf:	Pollex, Bahnhofsstr.	Kaud, Albrechtstr. 6.
Kaumerstr. 35: Paul Vieh.	Koll, Karlstr. 7.	Lichterfelde:	Stralau:
Nordwesten:	Sohnsdorf-Grünau:	Kilbrecht, Dürrestr. 3.	Senne, Markgrafendamm 19.
Wittkoder Str. 19: G. Köhler.	Briele:	Wahlstr.:	Stanken:
Lübecker Str. 43: Thorneißer.	Baumshufenweg:	Ceriel, Wollstr. 14.	Böfel, Eichenwinkel 18.
Blensburger Str. 24: Peterjen.	Müller, Baumshufenstr. 14.	Merkenberg:	Storfow:
Nordosten:	Eichwalde:	Romnid, Lützstr. 7.	Wohr, Kirchstr. 23.
Landsberger Str. 67: Rinke.	Wendt, Grünauer Str. 37.	Madenschede:	Schwarzgründorf:
Vornimstr. 20: Galias.	Hallenberg, Alt-Ostende:	Bauer, Lützstr. 1.	Reimer, Breite-Str. 8.
Wiesstr. 12: Rosemann.	Hoffmann, Preußenstr. 49.	Konradshagen:	Tegel:
Osten:	Rechenberg:	Rey, Dollstr. 14.	Polthoff, Berliner Str. 39.
Lange Str. 16: Walter Paul.	Friedenau:	Reußen:	Tempelhof:
Liebigstr. 10: Lehmann.	Schulz, Rheinstr. 51.	Wiesinghewende:	Portich, Friedrich-Wilhelm-Str. 8.
Strandberger Str. 24: Zimmer.	Friedrichshofe:	Schaffranik, Erdenstr. 37.	Bölscher, Oberlandstr. 2.
Südosten:	Friedrichshagen:	Wiederhühnenhausen:	Treptow:
Rustauer Str. 31: Einney.	Schwarz, Friedrichstr. 109.	Konradshagen:	Stall, Biesstr. 8.
Reichenberger Str. 142: Ruzge.	Grünau:	Konradshagen:	Selten:
Westen:	Bergemann, Cöpenicker Str. 22.	Oberhörsingeweide:	Paris, Lützenstr. 17.
Kronenstr. 2: G. Waller, Wwe.	Hennichsdorf:	Konradshagen:	Waldmannsdorf:
Steinmeyerstr. 23: Cito Döring.	Krause, Hauptstr. 5.	Konradshagen:	Siehe Hermsdorf.
Südwesten:	Hermendorf, Hohenneuborf und Waldmannsdorf:	Konradshagen:	Wittenow:
Solmsstr. 4: Nordgärtin.	Schmidt, Hermendorf, Bahnhofsstr. 2.	Konradshagen:	Berner, Erdenstr. 10.
Schubertstr. 54: Grockhoff.	Johannisthal:	Konradshagen:	Jimmernann, Triftstr. 70.
Witzinger Str. 92: Witzinger.	Öpfert, Kaiser-Wilhelm-Str. 44.	Konradshagen:	Rechenberg:
Süden:	Kallberge:	Konradshagen:	Degeuer, Annastr. 10.
Michaelisplatz 2: Gadsarth.	Karlshorst:	Konradshagen:	Strutzen:
Vopstr. 1: Blänke.	Gerhard, Auguste-Victoria-Str. 35.	Konradshagen:	Kalis, Kaiser-Wilhelm-Str. 30.